

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

INTERDISZIPLINARITÄT IN DER ZENTRALASIEN-FORSCHUNG SPRACHDEBATTE IN KASACHSTAN

■ ANALYSE

Politische Analyse zwischen Erwartung und zentralasiatischer Wirklichkeit
Ein Plädoyer für offenere Grenzen zwischen Wissenschaft, Politik
und internationalen Organisationen
Von Philipp Reichmuth, Bischkek

2

■ DOKUMENTATION

Welche Sprache spricht Kasachstan?
Beiträge zur aktuellen kasachstanischen Debatte um den Status der russischen Sprache

6

■ CHRONIK

Vom 24. September bis 21. Oktober 2011

17



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Politische Analyse zwischen Erwartung und zentralasiatischer Wirklichkeit Ein Plädoyer für offenere Grenzen zwischen Wissenschaft, Politik und internationalen Organisationen

Von Philipp Reichmuth, Bischkek

Zusammenfassung

Die Arbeit von internationalen Organisationen und europäischer Politik und Wirtschaft in Zentralasien erweist sich in der Praxis häufig als komplex und diffizil. Neben der politischen Vielschichtigkeit der Region liegt ein Teil der Schwierigkeit darin, gute Spezialisten und belastbare Analysen zu politischen oder sozialen Fragestellungen in Zentralasien zu finden. Dies hat wiederum seinen Grund in der fehlenden Vertrautheit vieler Spezialisten mit der Region, in der Zersplitterung der Zentralasienforschung auf Wissenschaftsdisziplinen und Forschungsstandorte, aber auch in methodischen Grenzen wissenschaftlicher Disziplinen. Andererseits kann jede Entscheidung und jedes Handeln in Politik, Wirtschaft und internationaler Zusammenarbeit nur so gut sein wie die Informationen, auf denen sie beruhen. Diesen Herausforderungen kann nur mit einer noch stärkeren interdisziplinären und offenen Vernetzung zwischen Politik, Wissenschaft und Forschung begegnet werden.

Aus deutscher Sicht ist Zentralasien eine geostrategisch zwar bedeutsame, faktisch jedoch nach wie vor periphere Weltregion, zu der regionalspezifisches Fachwissen selten ist. Besonders hiervon betroffen sind Fachwissenschaften wie Politologie und Ökonomie. Institutionen, die sich wissenschaftlich dediziert mit der Politik oder der Wirtschaft der Staaten Zentralasiens auseinandersetzen, existieren in Deutschland kaum. In der Praxis führt dies zu wiederkehrenden Problemen, mit denen sich in Zentralasien tätige westliche Institutionen und Organisationen konfrontiert sehen und die sowohl die Frage des personellen Nachwuchses als auch die Erstellung belastbarer politischer Analysen betreffen.

Herausforderungen in Ausbildung und Forschung

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit zentralasiatischer Politik und Wirtschaft findet zwangsläufig im Kontext anderer Fachdisziplinen oder geographischer Räume statt: Osteuropaforschung, aber auch Orientalistik, Geographie, Sozialanthropologie oder Entwicklungsforschung. Auch dort gilt Zentralasien jedoch häufig als exotisches Randgebiet. Als Ergebnis ist außerhalb des unmittelbaren Forschungsbetriebs oft nicht bekannt, dass es in Deutschland für konkrete Fragen kompetente wissenschaftliche Ansprechpartner gibt und an welchen Institutionen sie arbeiten. Ich habe nach meinem Wechsel aus der Islamwissenschaft in die Entwicklungszusammenarbeit vor Ort mehrfach erlebt, dass bei der Diskussion entwicklungsrelevanter Fachfragen etwa zum Islam in Zentralasien nicht nur die zu genau diesen Fragen forschenden Wissenschaftler nicht bekannt waren, sondern noch nicht einmal, dass es in Europa überhaupt Forschung über den Islam in Zentralasien gibt.

Zweitens haben junge Zentralasienspezialisten häufig einen schwierigen, nicht geradlinigen Ausbildungsweg vor sich. Während es hier Geographen, Orientalisten und Sozialanthropologen (und grundsätzlich Absolventen von Fächern, für die es Institute mit Zentralasienbezug in der Lehre gibt) leichter haben als Politologen und Ökonomen, wird jedem, der sich als Nachwuchswissenschaftler für Zentralasien interessiert, viel Improvisationstalent abverlangt. Wenige Hochschulen bieten Kurse zu Zentralasien an; Sprachanforderungen sind hoch, zum Teil in selten unterrichteten Regionalsprachen; und studienbegleitende Forschungsaufenthalte in Zentralasien sind schwierig zu organisieren. Für Politologen kommt hinzu, dass sie kaum wissenschaftliche Partnerinstitutionen vor Ort vorfinden, zumal politikwissenschaftliche Forschung in einigen Ländern Zentralasiens grundsätzlich nicht gern gesehen wird. Als Ergebnis arbeiten nicht wenige junge Nachwuchswissenschaftler zu Zentralasien, ohne je einen Fuß dorthin gesetzt zu haben oder eine zentralasiatische Sprache zu kennen (oft nicht einmal Russisch). Die Möglichkeiten für Unternehmen und internationale Organisationen, Spezialisten mit einer Kombination aus Sprachfertigkeiten, Regionalerfahrung und Fachkenntnissen zu rekrutieren, sind dementsprechend ebenfalls begrenzt und setzen die Bereitschaft voraus, bei der Rekrutierung über Disziplinengrenzen hinweg zu denken.

Drittens ist die Qualität politischer Analysen für den mit Zentralasien nicht direkt vertrauten Leser oft schwer einzuschätzen und es gibt wenig redaktionelle Kontrolle. Als Ergebnis werden neben guten auch eine nicht geringe Menge problematischer Arbeiten zu Zentralasien veröffentlicht. Ständig wiederkehrende diffuse Begriffe wie »Seidenstraße« oder »Great Game« suggerieren regionale

Kompetenz, entbehren aber analytischen Werts. Über kaum eine andere Weltregion erscheinen so viele Artikel, die angesichts fehlender Sprachkenntnisse nur auf Sekundär- und Tertiärquellen beruhen, wie über Zentralasien. Wenn es zum Beispiel in einer im März 2011 für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit angefertigten politökonomischen Analyse zu Kirgistan heißt, die von Peking nach Zentralasien gebauten Eisenbahn- und Energietrassen verliefen über kirgisches Staatsgebiet, dann ist offensichtlich, dass einerseits der Autor mit Land und Region kaum vertraut war und andererseits das redaktionelle Korrektiv versagt hat, vermutlich weil auch dort das Fachwissen zur spezifischen Region fehlte. (Die besagten Trassen wünscht sich die kirgisische Regierung zwar sehnlichst herbei, von der Realisierung sind sie aber noch Jahre entfernt. Die tatsächlich existierenden Verbindungen führen nach Kasachstan.) Im Ergebnis hatten politisch angelegte Arbeiten und Analysen zu Zentralasien unter Orientalisten, Sozialanthropologen oder Historikern eine Zeitlang fast schon grundsätzlich den Ruf einer gewissen Oberflächlichkeit, auch wenn dies sicher nicht in jedem konkreten Fall angebracht war und es im Gegenzug auch nicht automatisch eine Qualitätsgarantie ist, wenn ein Autor studierter Historiker oder Sozialanthropologe ist.

Viertens gibt es bei vielen analytischen Arbeiten ein grundsätzliches Problem der methodischen Tiefe und der Nähe zur Zielgruppe. Immer wieder erscheinen politökonomische Analysen, zu Zentralasien wie zu anderen Weltregionen, die rein kompilatorischen Charakter haben oder, wenn sie methodisch stärker unterfüttert sind, mit indikatorbasierten, abstrakten Methoden aus der Distanz arbeiten – typischerweise klassische indikatorbasierte politische Analysen, Failed States Index (FSI), Corruption Perception Index (CPI), Human Development Index (HDI), unterfüttert durch Vergleiche politökonomischer Rahmendaten wie Pro-Kopf-BIP, Alphabetisierungsrate oder Medienzugang sowie allgemeine Aussagen über politische Systeme. Bei einer Weltregion mit nicht verlässlicher Datenlage wie Zentralasien ist deren Aussagewert natürlich problematisch, was in den Fällen noch erschwert wird, wo der jeweilige Autor darüber hinaus mit der Region offensichtlich nicht vertraut ist und sich die tatsächliche Auseinandersetzung mit Land und Leuten auf kompilatorische Informationszusammenstellungen zur jüngeren Geschichte aus englischsprachigen Medien beschränkt.

Analytische Distanz und ihre Grenzen

Spätestens der »Arabische Frühling« hat die Grenzen einer solchen Distanzanalyse beispielhaft aufgezeigt. Im Westen, auch in Deutschland, gibt es eine lange Tradition politischer Analyse der arabischen Welt, die zum

großen Teil methodisch ähnlich angelegt ist, wie die oben kritisierten: Analysen politischer Systeme, unterfüttert durch Verweise auf die Zeitgeschichte, Vergleiche von Makroindikatoren wie FSI, CPI oder HDI und abstrakte theoretische Modelle. Der »Arabische Frühling« wurde so nicht vorausgesehen und traf auf eine unvorbereitete Beobachergemeinde, die solches weithin für unwahrscheinlich bis unmöglich gehalten hatte. Dementsprechend wurde die Arbeit der Politologie zur arabischen Welt recht schnell zum Gegenstand einer Reihe teils sehr kritischer Einschätzungen in der Presse, von der FAZ bis zur einflussreichen amerikanischen Zeitschrift *Foreign Policy*.

Ein Kernkritikpunkt war dabei die Divergenz zwischen der Analyse politökonomischer Systeme auf Grundlage hochaggrierter Indikatoren und theoretischer Konstrukte einerseits und der Lebenswirklichkeit der betroffenen Menschen andererseits. In der Tat waren makroökonomische Indikatoren etwa für Ägypten aufgrund der Wirtschaftspolitik der Mubarak-Regierung durchaus positiv. Die Schattenseiten der ägyptischen Kombination neoliberaler Wirtschaftspolitik mit einem autoritären, Partizipation unterdrückenden politischen System, die weite Teile der Bevölkerung über Jahrzehnte in ein Gefühl von Frustration und Perspektivlosigkeit hatte abgleiten lassen, werden dagegen in Indizes kaum abgebildet und fanden dementsprechend kaum Eingang in politische Analysen. Während Politologen sich auf die Untersuchung des Handelns politischer Akteure konzentrierten, waren es gleichzeitig aber gerade letztere Faktoren, die die Menschen in die Verzweiflung und anschließend auf die Straße trieben. Im Übrigen ähnelt dieses Muster der Diskrepanz zwischen Indikatoren und Lebensrealität in Teilen durchaus der kirgisischen April-Revolution 2010, die westliche Politikwissenschaftler ebenfalls völlig überraschend antraf.

Dabei war das Wissen darum, dass in weiten Teilen der Bevölkerung der arabischen Welt tiefgreifende Frustration herrschte, in der westlichen Wissenschaft durchaus vorhanden, allerdings in anderen Fachdisziplinen. So hatten etwa Sozialanthropologen seit Jahren eindrucksvoll auf wachsende Verzweiflung in der ägyptischen Bevölkerung hingewiesen und waren dementsprechend von der Revolution deutlich weniger überrascht. Was die sozialanthropologische Sicht auf die Ägypter von der Sicht des Analytikers auf das ägyptische System unterscheidet und den hier erheblich größeren Aussagewert der ersteren ausmacht, ist zum einen die größere Zielgruppennähe durch die langen Zeiträume, die ein Sozialanthropologe gemeinsam mit der Bevölkerung verbringt, zum anderen die methodologische Kapazität und Bereitschaft, »weiche« Faktoren in die

Untersuchung einzubeziehen, die auf Systemebene aus der Ferne kaum untersuchbar sind.

»Weiche Faktoren« als Betrachtungsgegenstände

Nun wäre es wenig zielführend, politische Analysen nachträglich dem Pauschalvorwurf zu unterziehen, den »Arabischen Frühling« nicht vorhergesagt zu haben. Wenn man allerdings weiß, woran sie dabei unter anderem scheiterten, nämlich auch an fehlender Nähe zu den Menschen und unzureichender Betrachtung »weicher« Faktoren, sollte konsequenterweise ein Umsteuern einsetzen. Genauer Zeitpunkt und Auslöser von Revolutionen sind selten vorhersagbar – niemand hätte die Selbstverbrennung eines tunesischen Gemüsehändlers konkret vorhersehen können. Die Grundstimmung in der Bevölkerung, die dazu führt, dass ein Einzelereignis Auslöser einer Revolution werden kann, ist der Beobachtung hingegen zugänglich, allerdings eben in Form ebensolcher »weicher« Faktoren, nicht immer jedoch in makroökonomischen Indikatoren.

Übertragen auf politische Analysen zu Zentralasien heißt das, dass man eben diese »weichen« Faktoren stärker in den Blick nehmen muss. Im Hinblick auf Systemstabilität könnte man hier, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, folgende Beobachtungen nennen:

Zu Usbekistan wäre zu erwähnen, dass es der Regierung unter Verweis auf externe Beispiele wie den tadschikischen Bürgerkrieg, die Bedrohung durch Islamisten oder die blutigen Unruhen in Südkirgistan im Juni 2010 gelungen ist, sich als Garant des Friedens zu inszenieren, während gleichzeitig ein teils ans Xenophobische grenzender Alltagsnationalismus bedient wird. Hierüber verraten, überspitzt gesagt, Gespräche in Taschkenter Minibussen mehr, als es aus der Erwartungshaltung westlicher Forscher und aus der Distanz verfasste Analysen des politischen Systems je könnten. Viele Usbeken schätzen ihren Präsidenten Islam Karimow zwar nicht, halten ihm aber den Umstand zugute, dass im Land Stabilität herrscht. Gewaltereignisse wie in Andischan 2005 werden dabei ausgeblendet oder für sie wird eine Rechtfertigung gesucht. Für das usbekische Regime geht davon eine entscheidende stabilisierende Wirkung aus.

Für Tadschikistan wäre das Spannungsfeld zwischen religiösen Konfliktlinien und individuellen Lebensmodellen der Menschen zu nennen – beispielsweise das zunehmende Bedrohungsgefühl bei den ismailitischen Pamiris, aber auch auf sunnitischer Seite ein sich zunehmend gerade unter jungen Männern verbreitender Islamismus, hinter dem bekanntlich nicht nur Arbeitslosigkeit, Repressionen und antiislamische Rhetorik der Regierung stecken, sondern auch konkrete persönliche Wünsche nach alternativen Lebensmodellen. Ein Habi-

tus sichtbar praktizierter islamistischer Glaubensstrenge erscheint als Möglichkeit, als sunnitischer junger Mann gerade aus der Erfahrung gesellschaftlicher Marginalisierung heraus eine moralische Autorität zu erwerben, die man ansonsten in zentralasiatischen Gesellschaften erst in hohem Alter erreicht. Die Erfahrung des persönlichen Autoritätsgewinns und -verlusts ist bei ehemaligen Kämpfern aus dem Bürgerkrieg sehr lebendig und lässt diese biographische Sehnsucht in einem verarmten Land zu einem höchst problematischen Szenario werden.

Zu Kirgistan wäre zu erwähnen, dass das politische Leben im Moment stärker denn je von Auseinandersetzungen zwischen wenig transparenten informellen Solidaritätsgruppen geprägt ist. Es finden täglich Protestdemonstrationen statt, bei denen aber häufig lediglich Familien- und Solidaritätsnetzwerke einzelner Personen mobilisiert werden, um gegen deren unmittelbare Gegner zu protestieren. In der kirgisischen Presse wird das seit einiger Zeit als »Ketsinismus« bezeichnet, nach dem wiederkehrenden kirgisischen Slogan »XY ketsin!«, (»XY, verschwinde!«). Das Unbehagen, mit dem die Präsidentschaftswahl am 30. Oktober erwartet wird, hat viel damit zu tun, dass niemand so recht einschätzen kann, was für ein Mobilisierungs- und Destabilisierungspotential von den Solidaritätsnetzwerken unterlegener Kandidaten zu erwarten ist. Gleichzeitig herrschen in der Bevölkerung allerdings auch weitreichende Revolutionsmüdigkeit und ein verbreitetes Gefühl, das Land würde eine dritte Revolution nach 2005 und 2010 nicht verkraften.

Der Analytiker und die Menschen vor Ort

Nach wie vor hört man inner- wie außerhalb des Wissenschaftsbetriebs bisweilen noch die Meinung, dass gerade die Distanz des Analytikers den Wert der Analyse ausmache. Auf die Spitze getrieben würde dies bedeuten, die Arbeit aus der Distanz unter Rückgriff auf Sekundärmaterialien und hochaggregierte Indikatoren sowie die Beschränkung der Interaktion mit der Zielgruppe auf den Einsatz von mit den eigenen Wertvorstellungen und Erwartungshaltungen vertrauten Mittlern und sprachlichen wie kulturellen Übersetzern sei die einzig mögliche Art, zu sauberen, gewissermaßen »unkontaminierten« Ergebnissen zu gelangen. Derartige Ansichten werden aber zum Glück immer seltener, denn dass es leicht gerade die Arbeit innerhalb des eigenen Methoden- und Erwartungsrahmens sein kann, die im Zweifelsfall den Blick auf die tatsächliche Lebenswelt der Menschen vor Ort versperrt, sollte spätestens seit dem »Arabischen Frühling« offensichtlich sein.

Es dürfte klar geworden sein, dass die Berücksichtigung der »weichen« Faktoren und der menschlichen Alltagsdimensionen essentiell ist, erwartet man

von politischen Analysen Qualität und Aussagekraft. Die Herstellung von Zielgruppennähe in diesem Sinne ist natürlich prinzipiell nicht einfach und setzt auch vor Ort Vertrautheit mit der Region voraus. Dies gilt schon für den Zugang zu Informationen. So schrieb etwa »Max Stiller« (Pseudonym) im sehr lesenswerten Artikel zur Korruption in Zentralasien in den Zentralasien-Analysen 40 unter anderem, dass westliche Diplomaten vertraulich über in den Hauptstädten kursierende »Preislisten« für öffentliche Ämter berichten. Aus seiner persönlichen Erfahrung dürfte ihm völlig klar gewesen sein, dass es sich dabei keineswegs um vertrauliche Informationen handelt, sondern um mehr oder weniger öffentliches Wissen, das man ungefragt von jedem Taxifahrer hören kann, wenn man sich eine Woche in Taschkent oder Bischkek aufhält. Die Verlässlichkeit solcher Informationen mag im Einzelfall zweifelhaft sein, das gilt aber für die Quellen westlicher Diplomaten ebenso. Man würde sich daher wünschen, dass in Zukunft solche Informationen nicht nur, wenn überhaupt, auf dem Umweg über einige wenige Spezialisten mit Regionalerfahrung sowie westliche Diplomaten den Weg nach Europa finden. Die Politik, internationale Organisationen eingeschlossen, ebenso wie die mit politischer Analyse befasste Wissenschaft sind hier gefragt, gerade solche Spezialisten in der Region einzusetzen, die durch regionalspezifisches Wissen und Sprachkenntnisse in der Lage sind, Informationen, Meinungen und Stimmungsbilder vor Ort qualifiziert aufzunehmen und einzuschätzen. Angesichts der beschriebenen nach wie vor nicht einfachen institutionellen Aufstellung der Forschung und Ausbildung zu Zentralasien in Deutschland und Europa setzt dies jedoch, wie gesagt, die prinzipielle Bereitschaft voraus, über Disziplin-, Fach- und Institutionengrenzen hinwegzudenken.

Fazit

Zusammenfassend scheint mir, dass es, was die Verfügbarkeit und Nutzung von Fachexpertise zu Zentralasien und die Qualität von Analysen und Studien anbelangt,

nicht unbedingt ein Wissens-, wohl aber ein Nutzungs- und Vernetzungsproblem gibt. Der Schlüssel für ein ausgewogenes Maß zwischen Zielgruppennähe, Sachkenntnis, nutzungsgerechtem Methoden- und Sprachgebrauch und einem hohen Informationsniveau bei der Arbeit zu Zentralasien als peripherer Region scheint vor allem ein stärker interdisziplinäres Arbeiten und ein gezieltes Hinzuziehen von nicht-politologischem Fachwissen gerade in politökonomischen Nutzungskontexten zu sein. Die SWP hat dies mit der Hinzuziehung weiterer anthropologischer Fachexpertise für ihre kürzlich erschienene Studie zu Kirgistan nach der Krise vorgenommen. Je nach Fragestellung wäre es durchaus sinnvoll, neben den üblichen Ansprechpartnern wie der SWP und dem GIGA-Institut in Zukunft auch verstärkt und gezielt Spezialisten etwa des Zentrums Moderner Orient oder der bestehenden Universitäten und Forschungseinrichtungen mit Zentralasien-schwerpunkten anzufragen und den Dialog bis hin zur Einbindung in Analysen und Planungsprozesse suchen. Besonders wichtig erscheint mir dies zwangsläufig bei der Arbeit in Bereichen wie der Zivilgesellschaft, der interreligiösen und interethnischen Verständigung und der Konfliktbewältigung. Vor dem Hintergrund von Erfahrungen in Kirgistan, wo es trotz jahrelangen intensiven Engagements internationaler Organisationen 2010 im Ferganatal zur Katastrophe kam und die Lage nach wie vor von interethnischem Misstrauen in der Bevölkerung vor Ort und einer wenig integrativ wirkenden Politik der kirgisischen Regierung geprägt bleibt, sollte eine verstärkte Einbindung regional- und landesspezifischer Expertise in diesen Bereichen zum Kernbestandteil der Lessons Learnt gehören. Ähnliches gilt für die Arbeit zu Themen wie Islam oder Jugend in Zentralasien, zu denen im deutschsprachigen Raum eine reiche, fachlich und regional ausdifferenzierte wissenschaftliche Fachexpertise existiert. In dem Maße, wie diese Themen zunehmend Bedeutung für die politische und die Entwicklungszusammenarbeit in der Region erlangen, sind Entscheidungsträger gefragt, diese Expertise gezielt zu suchen und einzubinden.

Über den Autor:

Philipp Reichmuth ist promovierter Islamwissenschaftler, der mehrere Jahre lang in und über Zentralasien geforscht hat. Seit 2010 ist er für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Regionalbüro Zentralasien tätig.

Die in diesem Artikel ausgedrückten Inhalte spiegeln nicht notwendigerweise die Unternehmensposition der GIZ wider.

Welche Sprache spricht Kasachstan?

Beiträge zur aktuellen kasachstanischen Debatte um den Status der russischen Sprache

Als die Republik Kasachstan am 16. Dezember 1991 ihre Unabhängigkeit erklärte, lebten dort 16,7 Mio. Menschen, davon 40 % Kasachen, 38 % Russen und 22 % Angehörige von ca. 130 anderen Nationalitäten. Gemeinsame Sprache dieses Völkergemischs war Russisch. Kasachisch war dagegen in der Sowjetzeit ins Hintertreffen geraten. Nicht nur, dass nur 1 % der Russen Kasachstans 1989 angegeben hatten, Kasachisch zu können, auch ethnische Kasachen, vor allem in den Städten und dem von Russen dominierten Norden, beherrschten es nicht. Da die politische Elite des Landes zu den russifizierten Kasachen gehörte, hatte Russisch eine starke Lobby, was angesichts der Zusammensetzung der Bevölkerung und ihrer Sprachverteilung auch wichtige Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben war. In der zweiten, bis heute gültigen Verfassung (1995) erhielt Kasachisch den Status der Staatssprache, Russisch wurde ihm aber ausdrücklich gleich gestellt. Zwar wurde von Politikern bei entsprechender Gelegenheit immer wieder einmal gefordert, dass die Bürger des Staates ihre Staatssprache lernen sollten (das Sprachgesetz von 1997 machte Kasachischlernen zum Beispiel zur Pflicht) und entsprechende Förderprogramme aufgelegt, die Betroffenen, nicht nur Russen, sondern auch Kasachen, zeigten aber wenig Neigung, sich dieser Anstrengung zu unterziehen. Dies umso weniger, als das tägliche Leben wie auch die Kommunikation mit und in Behörden nach wie vor auf Russisch ablief.

Ganz allmählich verschob sich das Gewicht in den letzten Jahren aber. Während man Mitte der neunziger Jahre in Almaty kaum ein kasachisches Wort hören konnte, war es 15 Jahre später nichts Ungewöhnliches mehr. Das ist weniger ein Erfolg staatlicher Fördermaßnahmen oder des unermüdlichen Einsatzes der Anhänger der kasachischen Sprache, als Ergebnis von Bevölkerungsverschiebungen (Emigration von Russen; Immigration von kasachischsprachigen Kasachen aus der Mongolei, China, Usbekistan; Land-Stadt-Migration von kasachischsprachigen Kasachen etc.).

Es ist schwer zu entscheiden, ob sich die Haltung der Führung des Landes mit wachsendem nationalem Selbstbewusstsein und stark verschobener nationaler Verteilung der Bevölkerung (2009 bei einer Gesamtbevölkerung von 16,4 Mio.: 63,1 % Kasachen, 23,7 % Russen, 13,2 % andere Nationalitäten) veränderte oder ob es Reaktion auf Forderungen der Anhänger der kasachischen Sprache ist, aber in den letzten Monaten ist ein zunehmender kasachischer Nationalismus zu beobachten. Schon die »Doktrin der nationalen Einheit« (April 2010) betonte in bisher nicht gesehener Weise alles Kasachische, einschließlich der Sprache, und sorgte bei Nicht-Kasachen für Beunruhigung. Lauter als sie waren aber kasachische Nationalisten, angeführt von dem bekannten Schriftsteller Muchtar Schachanow, denen Kasachisch nicht genügend herausgehoben wurde. Bislang hat es in Kasachstan keine Kasachisierungspolitik gegeben, aber es ist offensichtlich, dass die Nationalisten lauter und einflussreicher werden und sie ihre Kritik an der Regierung auch sehr unverblümt äußern können ohne Schwierigkeiten zu bekommen.

Nach den Ergebnissen der Volkszählung 2009 gaben immer noch 94 % der Bevölkerung an, Russisch zu sprechen, aber nur 64 % Kasachisch (11 % klassifizierten ihre Kenntnisse als schwach, 14 % gaben an, Kasachisch zu lernen); d. h., dass ca. 30 % der Bevölkerung ohne Kenntnis der Staatssprache sind. Allerdings sind trotz der Bereitstellung erheblicher staatlicher Mittel Klagen über das schlechte Niveau des Kasachischunterrichts, auch in den Schulen, wo Kasachisch Pflichtfach ist, Legion. Kasachischkurse sind außerdem sehr teuer.

Kontroverse Diskussionen über den Status der kasachischen und der russischen Sprache sind also mindestens so alt wie die Republik Kasachstan. In den letzten zwei bis drei Monaten hat das Thema aber wieder einmal besonders hohe Wellen geschlagen. Ausgangspunkt war der von 138 Kulturschaffenden unterzeichnete offene Brief an die höchsten Würdenträger der Republik Kasachstan, in dem vor allem gefordert wurde, den Passus über die besondere Stellung der russischen Sprache aus der Verfassung zu streichen. Die heftige Reaktion hat eine Reihe von Unterzeichner bewogen, ihre Unterschrift wieder zurückzuziehen, in manchen Fällen verbunden mit der Erklärung, sie hätten die endgültige Fassung des Briefes gar nicht gekannt oder nur mündlich ihre Zustimmung bekundet. Offizielle Reaktionen der Adressaten gibt es nicht. Dieser Brief wurde natürlich auf Kasachisch verfasst und ist damit vielen Betroffenen und Kritikern inhaltlich gar nicht zugänglich gewesen. Wir haben ihn in ganzer Länge übersetzen lassen. Außerdem finden Sie im Folgenden einige Auszüge aus Artikeln zur Sprachsituation, die in den letzten beiden Monaten in der kasachstanischen Presse erschienen sind und nach unserem Eindruck typische Positionen und Argumente bringen.

Beate Eschment

Offener Brief von Mughtar Schachanow u. a. vom 29. August 2011

http://www.zakon.kz/top_news/4447479-nazarbaeva-poprosili-lishit-russkijj.html

**Die gegen die Verfassung gerichteten Maßnahmen müssen aufhören!
An das kasachische Volk und die Angehörigen der anderen Nationalitäten der Republik Kasachstan**

Kopie
An den Präsidenten der Republik Kasachstan
Herrn Nursultan Nasarbajew
An den Premierminister der Republik Kasachstan
Herrn Karim Massimov
An den Vorsitzenden des Senats der Republik Kasachstan
Herrn Kairat Mami
An den Vorsitzenden des Maschilis der Republik Kasachstan
Herrn Oral Muchamedschanow

»In 15 Jahren hätte sogar ein Bär längst die kasachische Sprache erlernen können...«
Nursultan Nasarbajew
Präsident der Republik Kasachstan
»Dem Bär hat der Stock das Beten beigebracht.«
Volksweisheit

In jüngster Zeit wurde in Zeitungen und im Internet ein vom Kulturministerium der Republik Kasachstan ausgearbeiteter Gesetzesentwurf über »Änderungsvorschläge und Ergänzungen einiger Paragraphen der Verfassung über die Staatssprache der Republik Kasachstan« veröffentlicht. Im oben genannten Gesetzesentwurf wurde die Gesetzesbestimmung »Die Verwaltungsorgane sind verpflichtet, in der Staatssprache zu arbeiten.« neu eingeführt. Russische Massenmedien und einige russischsprachige Medien in Kasachstan, die gegen die Einführung dieser Bestimmung waren, haben jedoch mit der Behauptung, das sei ein »Sprach-Staatsstreich« Ängste erzeugt und großes Aufsehen erregt.

Aufgrund dessen hat das von den russischen Massenmedien eingeschüchterte Kulturministerium der Republik Kasachstan die Gesetzesbestimmung »Die Verwaltungsorgane sind verpflichtet, in der Staatssprache zu arbeiten.« sowie andere Paragraphen, in denen es um die Anwendung der kasachischen Sprache ging, aus dem Gesetzentwurf gestrichen. Der Vize-Kulturminister, Herr G. Telebajew, hat dazu in der Zeitung »Megapolis« vom 15. August 2011 erklärt: »Die Bestimmung, die die Verwaltungsorgane verpflichtet, nur die Staatssprache anzuwenden, wurde aus dem Gesetzesentwurf gestrichen. Eine Bearbeitung von Anträgen lediglich in der Staatssprache gab es nie und wird es nie geben. Ich verspreche, dass das Gesetz über die Sprache unverändert bleibt!« – sagte der Vizeminister.

Kurz zuvor hatte sich die Sekretärin des Kulturministeriums, Frau Schanat Kurmangalijewa, zuversichtlich gezeigt, dass alle Mitarbeiter staatlicher Verwaltungsorgane bis 2013 Kasachisch beherrschen würden. »Für uns Staatsbeamte ist die Beherrschung des Kasachischen eine selbstverständliche Pflicht, der wir von uns aus nachkommen. Laut der Verfassung und der Planung des Staatsprogramms über die Sprachen muss es so sein. Warum wird darum so ein großes Aufsehen gemacht?« – sagte sie.

Der Protest der Massenmedien der Russischen Föderation gegen die Gesetzesbestimmung des Kulturministeriums, die Staatsbeamte verpflichtet, die Staatssprache zu beherrschen, ist als Nichtanerkennung der Unabhängigkeit der Republik Kasachstan zu verstehen. Das heißt, Russland erkennt Kasachstan offensichtlich nicht an und mischt sich in die inneren Angelegenheiten des Landes unmittelbar ein. Das Einknicken der Regierung der Republik Kasachstan wegen des Geschwätzes der russischen Medien gibt zu Zweifeln Anlass, ob Kasachstan ein von Russland unabhängiges Land ist. Bedeutet das, wenn das so weiter geht, dass wir der chinesischen Sprache die Vorherrschaft geben, wenn die chinesischen Medien ein Aufsehen machen? Wenn Kasachstan ein unabhängiger Staat ist, muss es die weltweit übliche entsprechende Gesetzesbestimmung, die von Staatsbeamten die Kenntnis der Staatssprache verlangt, einführen. Niemand darf sich in unsere Staatspolitik und in innere Angelegenheiten unseres Landes einmischen. In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass auch die Zeit gekommen ist, Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit der nationalen Medien Kasachstans zu ergreifen!

Die Verabschiedung des Gesetzes über die Staatssprache ist unser Traum, auf dessen Verwirklichung wir seit 22 Jahren geduldig warten. Es ist kein Geheimnis, dass in den 20 Jahren unserer Unabhängigkeit offizielle Dokumente, wie Gerichtsdokumente, Beglaubigungsschreiben, offizielle Abkommen und Verträge sowie Vollmachten grundsätzlich auf Russisch verfasst wurden. Kurz gesagt, Russisch spielt die Rolle der Staatssprache. Das Gesetzesprojekt des Kulturministeriums war ein Versuch, dem Kasachischen die wirkliche und nicht nur nominelle Funktion der Staatssprache zu verschaffen. Dies als »Sprachenstreich« zu bezeichnen ist eine reine Verleumdung und eine offensichtliche Provokation!

Die Bürger unseres Landes, die gegen die Staatssprache sowie gegen die Staatspolitik sind, müssen gesetzlich zur Verantwortung gezogen werden. Zum Beispiel F. Miroglow, der in einem auf der Webseite der kasachstanischen Orthodoxen www.spgk.kz veröffentlichten Artikel folgendes geschrieben hat: »Bürger russischer Herkunft, reagieren Sie auf solche Beschlüsse gleichgültig. Sie [die Kasachen, Anm. der Übers.] müssen es (das Gesetz) für sich selbst schreiben. Jedes Gesetz und jede Verordnung über die Sprache sind lächerlich, weil sie eine Illusion sind! Kommunizieren und schreiben Sie weiterhin in der großen Sprache Russisch. Niemand kann Sie daran hindern...«. Das ist eine Provokation! Warum beachten diejenigen, die stets drohen »Wir siedeln nach Russland aus« nicht die Gesetzentwürfe des Nachbarlandes Russland? Mit Ausreden wie »Man darf nichts überstürzen!«, »Es muss äußerst gut überlegt werden«, »Man braucht Zeit« leisten sie gegen jede Maßnahme mit dem Ziel der Funktionserweiterung des Kasachischen Widerstand.

Die freie Verbreitung ausländischer Massenmedien hat dazu geführt, dass die allrussische gesellschaftliche Bewegung »Narodnyj sbor« und die kasachstanische Bewegung der Slawen »Lad« in Kokschetau Aktionen mit imperialistischem Inhalt, die zwischen den Völkern Zwietracht säen, durchgeführt haben. Sie redeten Unsinn: »Unsere Heimat ist Russland, unser Präsident ist Medwedjew«. Sie fuhren Autos mit russischer Flagge und zeigten diverse Aktionen gegen den Staat gerichteten Charakters. Ist das nicht eine Schande?

Es sollten die Namen der Massenmedien, der Politiker, einzelner Personen, Parteien und Bewegungen, die gegen die Staatssprache, d. h. gegen die Interessen des Staates sind, benannt und dann angeklagt werden. Aber die Regierung hat auf diese unannehmbaren grenzüberschreitenden Handlungen überhaupt nicht reagiert. Die Einstellung der staatlichen Massenmedien (egal welcher Sprache), vor allem aber russischsprachiger Massenmedien bezüglich der Unterstützung oder Ablehnung der staatlichen Interessen sollte von der Regierung unter die Lupe genommen werden.

Warum berichten solche Zeitungen wie »Kasachstanskaja Prawda«, »Liter«, »Megapolis«, »Wremja«, »Karawan«, »Express K« u. a. sowie die Websites, die vom Staat finanziert werden oder staatliche Ausschreibungen gewonnen haben, nicht über die Interessen des Staates? Sie können nur verurteilen, nicht jedoch Unterstützung geben. Wir sind der Meinung, dass eine Zeitung wie »Megapolis«, die gegen die Staatssprache ist und provokative Beiträge veröffentlicht, nicht mehr länger vom Staat finanziert werden sollte.

Wir sind immer für die Sprachförderung und Förderung der Sitten und Bräuche sowie für die Weiterentwicklung der geistigen Werte aller Ethnien unserer Republik. Unsere Einstellung und Freundlichkeit wird sich nie ändern. Jedoch besitzt unsere Staatssprache bis jetzt nicht wie in allen anderen Ländern der Welt die Kraft, uns alle zu vereinen.

Vor drei Jahren plante die Staatsmacht im Rahmen der von der Versammlung des Volkes Kasachstans vorgeschlagenen »Doktrin der nationalen Einheit« die Bezeichnung »kasachstanische Nationalität« einzuführen. Diese »kasachstanische Nationalität« hätte die Ideen der »amerikanischen Nationalität« zur Grundlage gehabt: Aus mehreren Nationalitäten bildet sich eine einheitliche Nationalität. Wenn wir diese »kasachstanische Nationalität« angenommen hätten, dann wären wir alle benachteiligt gewesen. In diesem Fall wären alle, die gesagt hätten »Ich bin Kasache«, »Ich bin Uigure«, »Ich bin Russe«, zur Verantwortung gezogen worden. Wir, die Vertreter der Intellektuellen, waren gegen die Abschaffung der Nationalität. Wir hatten vor, in den Hungerstreik zu treten. Kasachstanweit waren mehr als 4.000 Menschen bereit, mitzumachen. Die Staatsmacht war gezwungen, unseren Forderungen und Wünschen entgegenzukommen. Die »kasachstanische Nationalität« wurde aus der von der Versammlung des Volkes Kasachstans vorgeschlagenen »Doktrin der nationalen Einheit« endgültig gestrichen. Stattdessen wurde der Satz »Jeder Bürger ist verpflichtet, die Staatssprache zu beherrschen.« eingefügt. Das war der erste bedeutende Sieg der Vertreter der Intellektuellen im Bereich der Demokratie. Neulich hat die Staatsmacht daran erinnert, dass sie die »kasachstanische Nationalität« in Zukunft einführen wird. Heißt das etwa, dass die Auseinandersetzung wieder von vorne anfängt?

Wir haben niemals und nirgendwo für einen Zwang zum Erwerb der kasachischen Sprache plädiert. Kasachisch hat seit dem 22. September 1989, also seit 22 Jahren, den Status als Staatssprache. Aus Anlass des Tages der kasachischen Sprache führen wir immer die Aktion »Unterstützung der Staatssprache« durch. Die Regierung versucht jedoch, die Teilnahme von Regierungsbeamten und -mitarbeitern, Jugendlichen und Schülern an solchen Aktionen zu verhindern und propagiert das Gegenteil. In diesem Jahr ist die Durchführung dieser Maßnahme für den 22. September um 11 Uhr geplant. Wir vertrauen darauf, dass die Regierung in diesem Jahr ohne ihr scheinheiliges Verhalten an der Aktion, die dem 20jährigen Jubiläum der Unabhängigkeit gewidmet ist, teilnehmen wird.

Die Regierung hat wegen der Ansichten irgendwelcher »Experten«, die gegen die Politik der Staatssprache sind, den Artikel aus dem vom Kulturministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf gestrichen. Das zeigt die wahren Absichten der Regierung. Warum müssen wir, also das ganze Volk, wegen angeblicher »Juristen« wie Marat Nurpeis (es kann auch ein Pseudonym sein), der absichtlich seit 22 Jahren kein Kasachisch lernen will und offensichtlich gegen seine Nation ist, wegen des Hetzers Kramenko (»Lad«) auf unsere Interessen und Ziele verzichten?

Wir unterstützen den ursprünglichen Gesetzentwurf der Regierung. Das Kulturministerium nimmt die Paragraphen 7 und 93 der Verfassung als Grundlage. In Paragraph 93 steht schwarz auf weiß folgendes geschrieben: Um die Ziele von Paragraph 7 der Verfassung zu erreichen, sind die Regierung und lokale wie ausführende Behörden gemäß der Verfassung verpflichtet, allen Bürgern der Republik Kasachstan ausreichende organisatorische, materielle und technische Bedingungen zur Verfügung zu stellen, damit sie ungehindert und unentgeltlich Kasachisch lernen können.

Im Paragraph 7 der Verfassung steht mit großen Buchstaben geschrieben: »Staatssprache ist Kasachisch«. In Absatz 2 steht jedoch: »Russisch wird der Staatssprache gleich als offizielle Verkehrssprache verwendet«. Obwohl das Verfassungsgericht nachgewiesen hat, dass die »offizielle Sprache« nicht zweite Staatssprache sein kann, lässt der zweite Absatz von Paragraph 7 die Öffentlichkeit in dem Irrglauben, so dass Russisch die Rolle der Staatssprache spielt. Deshalb muss der zweite Absatz des Paragraphen 7 gestrichen werden.

Wenn Präsident Nursultan Nasarbajew's völlig richtiger Hinweis »In 15 Jahren hätte sogar ein Bär längst die kasachische Sprache erlernen können...« die Russischsprachigen nicht zum Nachdenken bringt, was dann?! Außerdem sind wir grundsätzlich gegen die Einführung des Trilingualismus in den Kindergärten. Solch ein unbedachter Anfang widerspricht den pädagogischen und psychologischen Gesetzmäßigkeiten. In Japan zum Beispiel werden die Kinder bis zum 12. Lebensjahr lediglich in ihrer Muttersprache erzogen und nehmen die Lebenskraft ihrer Muttersprache auf. Erst dann wird es dem Kind selbst überlassen, ob es noch weitere 100 Sprachen lernt. Wir können beim Erwerb des Kasachischen das Fernsehen nicht in Anspruch nehmen. Heutzutage werden die staatlichen Fernsehsendungen wieder zunehmend auf Russisch ausgestrahlt, das Verhältnis ist noch nicht einmal 50:50.

Kurz und knapp gesagt, der Hauptgrund für die Entstehung der Hindernisse bei der Entwicklung der Staatssprache ist, dass das Gesetz über die Staatssprache bis heute nicht verabschiedet wurde. Deshalb hat eine Arbeitsgruppe aus Vertretern politischer und gesellschaftlicher Bewegungen sowie Intellektuellen einen Gesetzesentwurf über die Staatssprache vorbereitet. Damit dieser Gesetzentwurf angenommen wird, muss auch die Regierung daran Interesse zeigen.

Wenn wir das Problem der Staatssprache näher betrachten, liegt der Hauptfehler zweifellos bei der Regierung. Unserer Meinung nach ist die Regierung schuld, weil sie bei den meisten Treffen Russisch als Arbeitssprache verwendet, weil sie Kasachisch als solches nicht anerkennen will. Regierungssitzungen auf Russisch sind eine feste Tradition geworden. Die Regierung ist daran schuld, dass in Ministerien offizielle Dokumente nicht auf Kasachisch abgefasst werden. Wir sind auch vom Kulturministerium sehr enttäuscht, das bei der Zusammenstellung des Programms über die Sprache sowie bei der Einführung der Änderungen in Gesetzentwürfe keine Beharrlichkeit und keine Widerstandsfähigkeit gezeigt hat. Wenn die Regierung nicht bald konstruktive Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Staatssprache vorschlägt und deren Verwirklichung unterstützt, dann sind wir bereit, entschlossene Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Nach der gründlichen Analyse der oben genannten Angelegenheiten richten wir, Vertreter politischer und gesellschaftlicher Bewegungen sowie Vertreter der Intellektuellen der Republik Kasachstan, an die Regierung zunächst folgende Forderungen:

1. Der Gesetzesentwurf über »Änderungsvorschläge und Ergänzungen einiger Paragraphen der Verfassung über die Staatssprache der Republik Kasachstan« muss um folgende Bestimmung ergänzt werden: »Ab 2012 sollen die Staatsorgane allmählich lediglich die Staatssprache verwenden und offizielle Dokumente sollen auf Kasachisch verfasst werden.«
2. Der zweite Absatz von Paragraph 7 der Verfassung der Republik Kasachstan muss gestrichen werden.
3. Der Gesetzesentwurf über die Sprache, der mit der Unterstützung von bestimmten politischen und gesellschaftlichen Organisationen ausgearbeitet wird, soll im Herbst dieses Jahres vom Parlament behandelt und im Jahr 2012 angenommen werden.
4. Die beleidigenden Beiträge ausländischer und einheimischer Massenmedien, die den inneren Angelegenheiten des unabhängigen Kasachstan Schaden zufügen, müssen als solche erkannt werden. Das oberste staatliche Organ (Regierung) darf Massenmedien dieser Art nicht mehr finanzieren. Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit der kasachischen nationalen Massenmedien müssen dringend in Kraft treten.

M. SCHACHANOW, Vorsitzender »*Tauelsisdikti qorgau (Schutz der Unabhängigkeit)*« und Vorsitzender der republikanischen gesellschaftlichen Bewegung »*Mimlekettik til (Staatssprache)*«, Schriftsteller der Republik Kasachstan, Volksdichter der

Republik Kyrgystan; A. NURPEYISSOW, Schriftsteller der Republik Kasachstan, Staatspreisträger der UdSSR; A. ASCHIMOW, Schauspieler der Republik Kasachstan und der Kasachischen SSR, Preisträger der RK; T. KAKISCHEW, Professor, Doktor der Sprachwissenschaften, verdienter Wissenschaftler der Republik Kasachstan; SCH. MURTASA, Schriftsteller der Republik Kasachstan, Staatspreisträger der Republik Kasachstan, S. KIRABAJEW, Akademikmitglied, Doktor der Wissenschaften; T. AUBAKIROW, Held der Sowjetunion, »Halyq qaharmany«, der erste Kosmonaut der Republik Kasachstan; B. TOLEGENOWA, Held der Arbeit, Volkssängerin der UdSSR; M. AIIMBAJEW, Volksschriftsteller der Republik Kasachstan, Staatspreisträger der Republik Kasachstan; D. ISSABEKOW, Schriftsteller, Staatspreisträger der Republik Kasachstan; R. SARSENBAY, Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, Chefredakteur der Zeitung »Jas Alasch«; E. HASSANGALIJEW, Volkssänger der Republik Kasachstan, Staatspreisträger der Republik Kasachstan; K. ZHUMADILOW, Volksschriftsteller der Republik Kasachstan, Staatspreisträger der Republik Kasachstan; T. ABDIKULY, Schriftsteller, Staatspreisträger der Republik Kasachstan; G. KABYSCHULY, Schriftsteller, Preisträger der internationalen Literaturpreises »Alasch«, ehrenamtlicher Journalist der Republik Kasachstan; T. MEDETBEK, Dichter, Staatspreisträger der Republik Kasachstan; J. TUYAKBAY, Vorsitzender der Gesamtnationalen Sozialdemokratischen Partei »Asat«; B. ABILLOW, Vorsitzender der Gesamtnationale Sozialdemokratischen Partei »Asat«; G. ALDAMZHAROV, Politiker; S. MAMBETALIN, Vorsitzende der Partei der Grünen »Ruchaniyat«; A. PERUASCHEV, Vorsitzende der Demokratischen Partei Kasachstans »Aq jol«; A. AYTALY, Vorsitzende des Gremiums der Gleichgesinnten der Demokratischen Partei Kasachstans »Aq jol«; N. NUSIPZHANOV, Volkssänger der Republik Kasachstan, Staatspreisträger der Republik Kasachstan; M. KULKEN, Schriftsteller, Präsident des Verlags »Olke«; K. SARSEKEEV, Chefredakteur der Zeitung »Kasache«; S. KUTTYKADAM, Persönlichkeit des öffentlichen Lebens; E. AYGALIULY, Chefredakteur der Zeitung »Kasachstan-Saman«; M. TOKASCHBAJEW, Chefredakteur der Zeitung »President jane halyq (Präsident und Volk)«, Persönlichkeit des öffentlichen Lebens der Republik Kasachstan; E. BAPI, Chefredakteur der Zeitung »Tasjorgan«; S. MUCHTARBEK, Chefredakteur der Zeitung »Kasachstan«; A. SARYM, Politikwissenschaftler; D. KUAT, Chefredakteur der Webseite »Abay.kz«; A. SOLDATBAY, Chefredakteur der Online-Zeitung »masa.kz«; O. ABDICHALYK, Chefredakteur der Online-Zeitung »Abay.kz«; S. KURAKBAY, Chefredakteur der kasachischen Redaktion der Zeitung »Prawda Kasachstana«; ZH. KALYBAY, Chefredakteur der Zeitschrift »Zhuldysdar otbasy«; K. KURMANALI, Vorsitzende des S.-Kaldajakow-Songfestivals, Chefredakteur der Zeitschrift »Schamschi«; A. OSMAN, Vorsitzende der Bewegung »Memlekettik tilge kurmet«; K. HAN, Vizeminister des Kulturzentrums »Korea«; H. GABJANOW, Präsident der historischen wissenschaftlichen Zentrums »Alasch«; M. TAYJA, Präsident der Bolatchan Tayjan-Stiftung, Doktor der Wirtschaftswissenschaften; D. BABAMURATOW, Leiter der republikanischen Jugendorganisation »Bolaschak«; S. BATYRASCHULY, Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Vorsitzender der republikanischen gesellschaftlichen Bewegung »Memlekettik til« in Astana; M. BOTEEW, Vorsitzende der gesellschaftlichen Stiftung »Allajar-goldau«; S. SMATAJEW, Schriftsteller, Preisträger der internationalen Prämie »Alasch«; M. MYRSAACHMETOW, Doktor der Sprachwissenschaften, Professor, Direktor des wissenschaftlichen Zentrums »Bayurjantanu«, Preisträger der Republik Kasachstan; S. GABBASSOW, Schriftsteller, Doktor der Medizin und Erziehungswissenschaften; S. ELUBAY, Schriftsteller, Vizeminister des PEN-Klubs; A. ALIM, Dichter, Preisträger der M.-Makatajew-Prämie; O. AYTBAJEW, X. Vorsitzender der internationalen Gesellschaft des Kasachischen, Akademiker der Nationalen Akademie der Wissenschaften; D. KOSCHIM, Vorsitzende des Vereins »Ult tagdyry«; K. ISSA, Direktor der Zeitung »Jas qasaq uni«, Dichter, Preisträger der internationalen Prämie »Alasch«, Kulturschaffender der Republik Kasachstan, Mitglied der der Demokratischen Partei Kasachstans »Aq jol«; K. BILAL, Schriftsteller, Kulturschaffender; I. SAPARBAY, Schriftsteller, Preisträger »Tarlant-Platina«-Prämie, Mitglied der der Demokratischen Partei Kasachstans »Aq jol«; I. ISSAJEW, Schriftsteller, Mitglied der der Demokratischen Partei Kasachstans »Aq jol«; S. TURGYNBEKOW, Schriftsteller, Mitglied der der Demokratischen Partei Kasachstans »Aq jol«; E. TORECHANOW, Vorsitzender des städtischen Vereins »Qasaq tili« in Almaty; J. AKIM, Politikwissenschaftler, Doktor der Biologie; B. ERGALIJEW, Vorsitzender der internationalen historisch-rechtlichen Zentrums der Republik Kasachstan »Demokratiya jane quyq«; A. KALAMBAJEW, KSRO verdienstvoller ausgezeichnete Arbeiter der UdSSR; T. AYTPAYULY, Schriftsteller, Chefredakteur der Kinderzeitschrift »Jyl on eki ay«; M. ASSPANDIYAROW, Mitglied des Präsidiums der Gesamtnationale Sozialdemokratischen Partei »Asat«; K. GABDOLLA, Chefredakteur der Zeitung »Jumadagy kesdesu«, Vorsitzender des Vereins »Qasaq eli«; A. GALI, Politikwissenschaftler, Doktor der Geschichte; B. SADUULY, Vorsitzendet des gesellschaftlichen Vereins »Jeltoqsan aqiyat«; M. ABAGAN, Vorsitzender der gesellschaftlichen Stiftung »Kenessary chan«; T. IRGEBAJEW, Vorsitzender der Stiftung »Kabanbay batyr«; K. KAPTAGAY, Vorsitzender des Vereins »Halyq dabyly«; B. MERGENBAJEW, Vorsitzender des Vereins »Amanat«; S. SEYTMAN, Dichter, Preisträger der internationalen Festivals »Schybt«; S. ABDIKARIMOW, Dichter, Vorsitzender der städtischen Sendung »Qogam TV« in Kysylorda; R. AYIPULY, stellvertretender Vorsitzender des republikanischen gesellschaftlichen Vereins »Jebeu«; S. SAPARGALI, Vorsitzender des Rates »Jumysshylar men jumyssydar«; E. RAKYSCHEW, Direktor des Kinostudios »Jas Ulan«; J. KENE-

BAY, Leiter der Debattierklubs »Tanyim«; O. AKJIGIT, Abteilungsredakteur der Zeitung »Jas qasaq uni«; D. ELDES-SOW, Abteilungsredakteur der Zeitung »Jas qasaq uni«; G. KYSSTAUBAJEW, Patriot; J. ASCHUULY, Vorsitzende des Vereins der politisch Verfolgten der Republik Kasachstan; J. MAMAY, Leiter des Klubs »Ruch pen til«; I. IMANBAY, freier Journalist; B. BOTEW, Vorsitzender des gesellschaftlichen Vereins »Alasch uni«; K. ABEN, Autor und Regisseur des Films »Allajar«; I. BAYJANOW, Vorsitzender der städtischen Komitee »Tauelsisdikti gorgau« in Schymkent; J. SCHYMSCHYKOW, Doktor der Wirtschaftswissenschaften; O. KENJEBEK, Journalist, politischer Rundschauer; A. KOSCHER-BAY, Publizist, Mitglied der Bewegung »Erkin internet uschin«; S. KENJEBAJEW, Doktor der Philosophie, Professor; M. ACHMETOWA, Rentnerin, ehemalige Stellvertreterin des Ministerrates der KasSSR; N. KANAFIYA, Doktor der Sprachwissenschaften; M. KULYASCHBEKULY, Rentner, Publizist; N. OSCHANBEKOW, Persönlichkeit des öffentlichen Lebens; J. DAULET, Komponist, Kulturschaffende der Republik Kasachstan; B. ABISCH, Schriftsteller, Preisträger der G.-Mussrepow-Prämie; B. ALKOZHA, Dichter, Preisträger der T.-Aybergenow-Prämie; E. KENECHAN, Dichter, Preisträger der T.-Aybergenow-Prämie; O. KASSYM, Dichter, Preisträger der republikanischen Wettbewerbs der Dichter-Improvisatoren; K. ASCHANULY, Geschäftsmann; E. MUKANGALIYEV, Rentner; M. ILLIYASSOV, Sänger, verdienter Künstler der Republik Kasachstan; B. SAMEDINOWA, Sängerin, verdiente Künstlerin der Republik Kasachstan; U. ABDIRAYMOW, Leiter des Theaters »Schanschar«; S. KOPBOSSYNULY, Sänger, Komponist; K. BOLMANOW, Vorsitzender des Producer- und Sängerverbandes »Demeu«; K. SULTAN, Sänger, Musikgruppe »Seriler«; J. ABSELBEK-KYSY, Musikgruppe »Sagym«...

138 Personen haben diesen Brief unterschrieben. Die Unterschriftensammlung wird fortgesetzt.

Aus dem Kasachischen von Akmaral Sattanowa (Pseudonym)

Auszüge aus der Presse Kasachstans:

»Kasachstan« spricht nicht mehr Russisch

Internet-Zeitung ZONAKz, 5. September 2011

<http://www.zonakz.net/articles/37165>

Von Jaroslaw Rasumow

Nun ist es also passiert – der staatliche Fernsehkanal »Kasachstan« hat die Ausstrahlung in russischer Sprache eingestellt.

Es wird sicher Menschen geben, die diese Entscheidung kritisieren. Ich aber schließe mich ihr an; ich würde sie als neutral-human bezeichnen. Neutral ist sie für jene, die die Staatssprache beherrschen, und human – für jene, die ganz im Gegenteil, und infolge dieses Umstands (aber nicht nur) schon fast das dritte Jahrzehnt auf »gepackten Koffern sitzen« und darüber nachgrübeln, ob sie ausreisen sollen oder nicht, und wenn ja, wann. Warum das eine humane Entscheidung ist? Nun, das ist doch eine sanfte Methode ihnen dabei behilflich zu sein, eine endgültige Entscheidung zu treffen und aufzuhören sich selbst und andere zu quälen! Solche Maßnahmen (wir fügen natürlich gleich erläuternd hinzu – sie werden aus ganz anderen Motiven beschlossen!) – sind nicht vergleichbar mit einem Nackenschlag im Stil von »Los, los« (so würde ein vollständiger Wechsel auf die Staatssprache vermutlich bei »Chabar« [führender staatlicher kasachstanischer Fernsehsender, Anm. der Übersetzerin] aussehen) sondern so ein weiches – »Haben Sie die Güte! Und richtig so! Wie lange soll das noch so weitergehen? Es gab genug Zeit sich zu entscheiden und auch, um eine Reiseroute auszuwählen.

Ja, es bleibt noch eine Kategorie von Landsleuten, eine dritte – die weder die Staatssprache beherrscht noch auf gepackten Koffern sitzt. Oder meint, dass sie dort nicht säße. Aber auch für diese Gruppe ist der Beschluss aktuell, wichtig und nützlich. Sie müssen sich doch sowieso entscheiden. [...] So ist also der Beschluss wegen des Fernsehkanals »Kasachstan« ein weiser und gerechter. Er veranlasst die Landsleute der oben erwähnten Kategorien Nr. 2 und 3 nicht nur zu kontrollieren, ob ihre Koffer bereit stehen, sondern auch, nachzuzählen, mit wie viel Geld aus dem Pensionsfonds sie wohl rechnen können, wenn sie die Koffer in Gebrauch nehmen. Das gleiche gilt auch für ihre Bankeinlagen.

[...]

Wenn wir auf das Thema der latenten Migrationsneigungen zurückkommen, muss man anmerken, dass viele es ganz sicher bedauern werden aus Kasachstan wegzugehen. Und nicht nur, weil sie ihr ganzes Leben hier verbracht haben. Unser Land ist doch so wunderbar!

[...]

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Der Brief der 138: Ein explosiver Aufruf, wer steht dahinter?

Wochenzeitung Zhas Kazak Uni, 15. 9.2011

<http://www.qazaquni.kz/8924.html>

Von Dasman Jeldesow

[...]

Die Toleranz, für die Kasachstan bekannt ist, ist nicht zufällig entstanden – sie ist direkt mit der Mentalität, der Sprache und der Kultur des kasachischen Volkes verbunden. Die im Laufe der Jahrhunderte entstandene Gastfreundschaft und die loyale Haltung der Kasachen den Vertretern anderer Nationalitäten gegenüber war schon in sowjetischer Zeit die Grundlage für das »Laboratorium der Völkerfreundschaft« und ist im nun unabhängigen Kasachstan die Basis für interethnische Stabilität.

[...]

Die loyale Haltung der Kasachen gegenüber Russland, gegenüber der russischen Kultur und Sprache ist allgemein bekannt. [...]

Auch heutzutage wenden sich nicht wenige russischsprachige Kasachen offen gegen die kasachische Sprache (Kultur und Traditionen), deren Wiedergeburt und Entwicklung in einem grundlegenden Dokument, der Verfassung der Republik Kasachstan vom 16. Dezember 1991 über »Die staatliche Unabhängigkeit der Republik Kasachstan«, festgeschrieben ist. Dadurch zerstören sie auch die Basis der Toleranz.

Die Sprachengesetzgebung des Landes trägt auch dazu bei. Eine aufmerksame Lektüre der Sprachgesetze und -programme einschließlich der Verfassung der Republik ergibt, dass in ihnen eine Bestimmung über die obligatorische Kenntnis (!) der Staatssprache durch die Bevölkerung fehlt. Das ist ein echtes Paradox: außer für die Inhaber der drei höchsten Staatsämter des Landes ist die Kenntnis der kasachischen Sprache für die übrige Bevölkerung nicht verpflichtend! Sie ist nur Symbol und Dekoration! Warum existiert dann eine Bestimmung über die Staatssprache in der Verfassung, wenn sie nicht bindend ist?! [...]

Das einzige Rechtsdokument, das einen Passus hinsichtlich der verbindlichen Kenntnis der Staatssprache enthält, ist die Doktrin der Nationalen Einheit, welche der Präsident des Landes unterzeichnet hat. Die Doktrin bildete die Grundlage für den Brief [von Muchtar Schachanow u. a., Anm. d. Übers.], also die Verfassungsbeschwerde bezüglich Artikel 7, Absatz 2.

Wer politisiert und verschärft die Situation?

Es ist klar, dass die Sprachenfrage wegen einer solchen Politik des Staates politisiert wird. Gibt es bei uns ein Gesetz über die Staatssprache, so wie es in allen GUS-Ländern verabschiedet wurde? Nein. Gibt es ein Institut für die kasachische Sprache, für Soziolinguistik, ein Linguistisches Zentrum für die Reform der kasachischen Sprache? Nein. Wir befinden uns im 21. Jahrhundert mit seinem globalen Wandel, aber die ungenügend entwickelte wissenschaftliche Basis und die wissenschaftlichen Instrumente des Kasachischen sind seit sowjetischen Zeiten unverändert geblieben. Bei uns werden englischsprachige Schulen und Universitäten eröffnet, in denen ausländische Spezialisten tätig sind, aber ein Institut zur Reform der kasachischen Sprache unter Beteiligung in- und ausländischer Linguisten zu eröffnen, wird nicht einmal diskutiert.

[...] Da es keine Grundlage für die Lösung der Probleme der kasachischen Sprache gibt, werden sie politisiert. So sollte zum Beispiel die Frage eines kasachisch-russischen Wörterbuchs in elektronischer Form von einem linguistischen

Institut in Angriff genommen und gelöst werden, und nicht von der Partei der Grünen »Ruchanijat«. Sogar Wörterbücher in gedruckter Form sind teurer als vergleichbare englisch-russische aus Russland, von der Qualität gar nicht zu reden. Gibt es ein Literatur-Institut, ein Gesetz über die Buchproduktion? Nein. Das Resultat ist, dass Bücher aus Kasachstan die »armen Verwandten« in den Bücherläden des Landes sind.

[...]

Wie kann man in der gegebenen Situation auf einem Verbot oder auf der Abschaffung der russischen Sprache in Kasachstan beharren, wenn gemessen an den oben angeführten linguistischen und juristischen Parametern die kasachische Sprache in ihrer eigenen Heimat einen Platz weit hinter der russischen Sprache einnimmt? Wo und wann haben die Nationalpatrioten ein Verbot der russischen Sprache gefordert? Gemäß den Gesetzen des Landes darf man weder die russische Sprache verbieten noch die anderen: die uigurische, usbekische, koreanische etc.

Die Patrioten möchten nur eins, nämlich dass die Bürger der Republik Kasachstan gemäß den Bestimmungen der Verfassung neben dem Russischen auf gleichem Niveau auch das Kasachische beherrschen. D. h., es geht um die Beherrschung zweier Sprachen, und nicht nur des Russischen, worauf die Gegner der Staatssprache beharren. Wer von ihnen stellt sich gegen die Verfassung? Wer von ihnen sät Zwietracht zwischen den Ethnien? Keine internationale Konvention befreit ethnische Gruppen von der Kenntnis der Staatssprache: darin liegt keine Diskriminierung aufgrund sprachlicher Merkmale.

[...]

In dem Brief zur Unterstützung der Staatssprache wird die Notwendigkeit, Absatz 2 im Artikel 7 der Verfassung über den Funktionsbereich der russischen Sprache zu streichen, außerordentlich präzise begründet: Sein Wortlaut ist nicht korrekt und eindeutig und er ist für viele irreführend. Der Widerspruch ist offenkundig: die russische Sprache wird gleichberechtigt mit der kasachischen gebraucht, d. h., das Russische ist der Staatssprache gleich.

[...]

In der Tat ist die Situation des Russischen, einer Weltsprache, in Kasachstan so stark, dass sie nicht auf irgendeinen juristischen Status und den »Schutz« vor dem Kasachischen angewiesen ist. Denn obwohl Russisch nicht den Status einer zweiten Staatssprache hat, wird es nicht nur gleichberechtigt neben der Staatssprache gebraucht, sondern ersetzt sie in vielen Fällen. Sobald die Rede auf die Korrektur dieser nicht verfassungskonformen Situation kommt, hört man gleich einen Aufschrei: »Warum soll sich die kasachische Sprache entwickeln, indem sie die russische einschränkt? Warum triumphiert sie auf Kosten der Herabstufung und Vernichtung (!) einer anderen Sprache?« Aber warum soll die russische Sprache in nicht verfassungskonformer Weise die Staatssprache ersetzen?

[...]

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Über die kasachische Sprache und unsere gemeinsame Zukunft

Internetzeitung ZONAKz, 26. September 2011

<http://www.zonakz.net/articles/38332>

Von Muchtar Tajschan

[...]

Als ich die Artikel und Kommentare zum bekannten Brief der kasachischen Intellektuellen las (einige schreckten nicht davor zurück ihn »skandalös« zu nennen, die Unterzeichner sind offenbar nach ihrer Ansicht berüchtigte Krakeeler), beschlichen mich trübe Gedanken, die ich für unbedingt mitteilenswert halte.

Erstens habe ich die Schlussfolgerung gezogen, dass sich gerade die Probleme mit der kasachischen Sprache nicht wesentlich ändern würden, wenn morgen Kräfte an die Macht kämen, die heute in der Opposition sind. Wenn man die Reaktion der Herrschenden und der Opposition auf diesen Brief analysiert, kann man feststellen, dass Opposition und Regierung in der Sprachenfrage ungefähr dieselbe Position haben.

Regierung und Opposition sagen zum Thema der kasachischen Sprache in etwa dasselbe. Ja, man muss das Kasachische entwickeln, ja, es ist unsere Schuld, dass die kasachische Sprache nach 20 Jahren immer noch keine vollwer-

tige Staatssprache ist. Aber man muss sie entwickeln ohne die russische Sprache zu beeinträchtigen und ohne die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung zu verletzen. »Die Steppe höher machen, aber die Berge nicht flacher« etc.

Meiner Ansicht nach treiben sowohl die Regierung als auch die Opposition ihre Spielchen mit dem Volk, möglicherweise aus populistischen Motiven. Im Lande existiert ein einheitlicher Sprachraum, folglich wird, wenn eine Sprache (die kasachische) mehr Verbreitung findet, die andere (die russische) weniger Anwendung finden. [...]

Ich bin der Meinung, dass die Regierung und vor allem die Opposition in diesem Punkt gegenüber dem Volk ehrlich Farbe bekennen sollten. Sie sollten den Menschen erklären, dass dies ein natürlicher Prozess ist. Der russischen Sprache als solcher droht, solange die Russische Föderation existiert, kein Verschwinden. Unseren Bürgern aber sollte man das nicht nur erklären, sondern ihnen helfen, sie motivieren, überzeugen, interessieren und unterrichten, und manch einen auch nötigen die Staatssprache zu erlernen. Das Lernen ist noch keinem jemals leicht gefallen.

Zweitens. Einige Autoritätspersonen, Politiker, Beobachter und Journalisten halten es für möglich, dass der diskutierte Brief im Auftrag der Regierung verfasst wurde, angeblich mit dem Ziel, dass die Russischsprachigen bei den nächsten Wahlen für [die Partei, Anm. d. Übers.] Nur Otan stimmen.

Ich halte das für absurd. Erstens ruft die Opposition selbst dazu auf, die Einführung des Kasachischen nicht zu forcieren, ja, mehr noch, viele Vertreter der Opposition glauben nicht daran, dass die kasachische Sprache überhaupt in der Lage ist, tatsächlich zur Staatssprache zu werden! Einige Oppositionelle haben sich schriftlich gegen den bekannten Brief ausgesprochen. Und überhaupt stehen in einigen Parteien ethnische Russen an der Spitze oder gehören zu den Führungsgremien. Also haben russischsprachige Wähler von der Opposition, was die Sprachenfrage betrifft nichts zu befürchten. [...]

Andere behaupten, dass das Kasachische mit dem Leben nicht Schritt gehalten hat, dass man in dieser Sprache keine Wissenschaft, Medizin und Produktion haben kann. Ich bin der Auffassung, dass dies Überbleibsel einer Sklaventalität und -beziehung zum eigenen Volk und zur eigenen Sprache sind, die nichts mit der Realität zu tun haben! [...]

Um es zu veranschaulichen: wenn ich wählen müsste zwischen einem autoritärem System mit Planwirtschaft und fehlendem Rechtsstaat, aber mit kasachischer Sprache, oder einem Rechtsstaat, einer diversifizierten Marktwirtschaft und Demokratie, aber ohne Kasachisch, dann wäre ich Befürworter der ersten Variante! Denn Staatsaufbau und Wirtschaft kann man verbessern, aber die Muttersprache wieder zurückzubringen wird unmöglich sein! [...]

Außerdem bin ich der Ansicht, dass der Schlüssel zur Lösung vieler sozialer Probleme unter anderem auch in der kasachischen Weltsicht liegt. Je mehr die kasachische Sprache, Geschichte und Kultur im Lande verbreitet sein werden, desto mehr Staatspatriotismus wird es geben, desto reifer werden die Zivilgesellschaft und das Verantwortungsbewusstsein der Bürger werden. Um so lauter wird die Frage, warum wir so arm sind, wo wir doch über solchen Reichtum verfügen, gestellt werden. Ich denke, dass dies auch ein Hauptgrund für die ideologische Wachstumshemmung des Selbstbewusstseins der Kasachen ist, die mit Hilfe des offiziellen Konzepts der »Multinationalität« funktioniert.

Denn viele von denen, die heute den Ausverkauf der Heimat betreiben und tagtäglich das Land seiner wirtschaftlichen Souveränität berauben, sind ihrer nationalen Kultur und Sprache entfremdet. Das sind im Kern keine Kasachen mehr, sondern »Russian speaking Chiyanese«, so nennt man die Kasachen in London. Ich finde, sie alle sollten »Mankurtstan« von Aktan Tokisch aus dem Internet herunterladen und lesen [Mankurt: Seit der Perestrojka pejorative Bezeichnung für russifizierte Kirgisen und Kasachen, Anm. d. Übers.], vielleicht regt sich dabei etwas in ihrer Seele? Wenn nicht, dann müssen wir darüber auch gar nicht weiter reden.

[...]

Warum dürfen wir Kasachen denn nicht auf unserem eigenen Boden, den wir niemandem weggenommen haben, die weltweite Praxis des Nation Building nachvollziehen? Warum bezeichnet man uns in diesem Fall als »Nationalisten«?

Niemand vertreibt euch aus Kasachstan, niemand schickt sich an euch zu assimilieren, niemand verbietet euch in der Muttersprache zu reden oder eure Kinder diese zu lehren. Aber ihr solltet, als freiwillige Bürger unseres gemeinsamen Landes, die Durchsetzung des Kasachischen im gesellschaftlichen Leben des Landes nicht sabotieren. Zeigt diesem Prozess gegenüber Verständnis, denn er ist unausweichlich. Wenn ihr selbst nicht mehr dazu in der Lage seid, dann bringt wenigstens euren Kindern die kasachische Sprache bei. Denn ihr möchtet doch wohl, dass sie morgen aktive Mitglieder der Gesellschaft sind!

Ja, unsere Regierung trägt eine Schuld euch und den urbanen russifizierten Kasachen gegenüber, denn sie hat bei ihren Bürgern in den Jahren der Unabhängigkeit weder den Wunsch noch die Notwendigkeit erzeugt, sich die kasachische Sprache anzueignen und Achtung und Liebe zur kasachischen Welt nicht gefördert. [...]

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Ein pluralistisches Sprachumfeld stärkt die Konkurrenzfähigkeit Kasachstans

Tageszeitung Liter, 27.9.2011

http://www.liter.kz/index.php?option=com_content&task=view&id=7435&Itemid=4

Von Maram Mamajew

[...]

Eine Antwort auf diese Frage [Wird die kasachische Sprache aussterben? Anm. der Übers.] gibt zum Teil die Agentur für Statistik, die im vergangenen Jahr die Ergebnisse der Volkszählung 2009 ausgewertet hat. Nach diesen Angaben hat die Mehrheit der Kasachstaner, nämlich 93,5 % (bzw. 14.961.600 Personen) als Muttersprache die Sprache ihrer eigenen Nationalität angegeben. »6,5 % der Bevölkerung nannten Sprachen anderer Nationalitäten als ihre Muttersprache. An der Spitze stehen die Ukrainer mit 84,2 %, die Deutschen mit 83, die Koreaner mit 64 und die Tataren mit 49 %«, teilte der Vorsitzende der Agentur für Statistik, Alichan Smailow, mit.

Kasachstan ist also nicht nur ein multiethnisches Land, sondern weist auch ein multilinguistisches Spektrum auf. Das ist letztendlich auch nicht verwunderlich. Eine andere Frage ist, ob ein solches Umfeld komfortabel für Durchschnittskasachstaner und effektiv für Kasachstan als Land ist?

[...]

Vielsprachigkeit ist nicht nur komfortabel, sondern auch nützlich. Ein solches Sprachmilieu gestattet es den Kasachstanern, ihre praktischen Probleme zu lösen, eine Karriere zu verfolgen und ihren Alltag zu gestalten. Es handelt sich außerdem um einen doppelseitigen Prozess. Einerseits nimmt der Sprachpluralismus zu, andererseits ist eine Stärkung des Kasachischen im Lande zu beobachten. Daran ist übrigens nichts Ungewöhnliches. Eine analoge Entwicklung ist in der Mehrzahl der Länder zu beobachten, die sich auf der doppelspurigen Trasse der Globalisierung befinden. Und für sie ist ein solcher linguistischer Pluralismus eine Frage des Erfolgs. Davon hängen die demographische Entwicklung und sogar Investitionsfragen und außenwirtschaftliche Aktivitäten eines Landes ab. In Kasachstan ist man ebenfalls dieser Meinung.

[...]

Das Ergebnis ist, dass in Kasachstan fortwährend ein Prozess des Sprachaustausches stattfindet, wobei die Muttersprache der einen Nationen zum Instrument der Lösung praktischer Aufgaben für andere Nationalitäten wird.

[...]

Auf diese Weise eröffnet der in Kasachstan entstandene Sprachenpluralismus den Bürgern nicht nur neue Möglichkeiten, sondern funktioniert auch als Motor des Außenhandels und des Wachstums des BIP. Mehr noch, in einem Land, in dem mehr als 140 ethnische Gruppen leben, helfen die Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten einander.

[...]

Wenn man über den Sprachenpluralismus spricht, sollte man die Lage der Staatssprache nicht aus dem Blick verlieren, die während der Jahre der Sowjetherrschaft auf ein Alltagsniveau degradiert wurde. Aber auch hier hat sich die Situation während der 20 Jahre der Unabhängigkeit radikal verändert. Die Daten der Volkszählung 2009 sind hierfür ein Beleg. »9.631.300 Menschen beherrschen die Staatssprache, das sind 64,4 %. Von ihnen haben 1.123.600 (11,7 %) schwache Kenntnisse, und 5.321.800 Personen beherrschen die Staatssprache nicht, also 35,6 %. 2.029.600 Menschen (13,6 %) sind dabei die Staatssprache zu lernen«, hat Alichan Smailov im letzten Jahr mitgeteilt.

[...]

Die Gründe für die wachsende Popularität des Kasachischen sind unterschiedlich. Gewöhnlich werden zwei Gründe angeführt. Erstens erweisen die Vertreter von Diasporagruppen ihrer angenommenen Heimat [die nicht ihre historische ist, Anm. d. Red.] achtungsvollen Tribut. »Wir leben in Kasachstan, das bedeutet Achtung gegenüber dem kasachischen Volk, gegenüber dem Land, in dem wir leben. Auch ich habe begonnen, die Staatssprache zu lernen, und es hat sich herausgestellt, dass sie sehr interessant ist,« sagt Palagina [Vertreterin des koreanischen Kulturzentrums, Almaty, Anm. der Übers.]. Ein anderer gewichtiger Grund ist, dass die Vertreter der verschiedenen Diasporagruppen mit Kasachstan langfristige Perspektiven verbinden. Deshalb schicken sie heute ihre Kinder in Kindergärten mit intensivem Kasachischunterricht. »Während in den vergangenen Jahren alles nach dem Prinzip ›Los, lern!‹ aufgebaut war,« sagt Palagina, »ist heute ersichtlich, dass sich das Verhältnis zum Kasachischen verändert. Die jungen Leute lernen bewusst in unserem Zentrum, das finanzielle und methodologische Hilfe von der Gesellschaft ›Til‹ [Sprache] erhält.«

[...]

Welche Schlussfolgerungen kann man ziehen? Vor allem die, dass der sprachliche Pluralismus nicht nur eine Tatsache, sondern ein Konkurrenzvorteil Kasachstans ist. Erstens handelt es sich um einen Globalisierungstrend, und zweitens ist er für alle Nationalitäten der Republik von Nutzen. Außerdem ist die Behauptung, die Kasachstaner seien faul und wollten die Staatssprache nicht lernen, unwahr.

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Vom 24. September bis 21. Oktober 2011

Kasachstan

27.9.2011	Die Berufung der zu sechs Jahren Haft verurteilten Juristin der streikenden Ölarbeiter im Westen Kasachstans, Natalja Sokolowa, wird abgewiesen.
27.9.2011	Präsident Nursultan Nasarbajew empfängt in Astana den Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, Wu Bangguo, zu Gesprächen vor allem über die Zusammenarbeit im Öl- und Gasbereich.
27.9.2011	Im Gefängnis Dolinka (Gebiet Karaganda) fügen sich mehrere Gefangene aus Protest gegen das strikte Regime schwere Selbstverletzungen zu.
27.9.2011	Präsident Nasarbajew empfängt in Astana den russischen Minister für Industrie und Handel, Viktor Christenko, zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen und die Arbeit der Zollunion.
27.9.2011	Die Regierungen Kasachstans und Chinas gründen den gemeinsamen Investmentfonds »Sitik-Kasyna«, meldet Kazakhstan Today.
27.9.2011	Assylschan Mamytbekow, Minister für Landwirtschaft, gibt nach einem Regierungstreffen bekannt, dass ab Oktober monatliche Exporte von 1 Mio. t Getreide geplant sind.
27.9.2011	Notstandsminister Wladimir Bodscho wird in Kabul vom afghanischen Präsidenten Hamid Karzai zu Gesprächen über eine Ausweitung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit empfangen. Beide Seiten unterzeichnen eine Reihe von Abkommen.
28.9.2011	Das Unterhaus des Parlaments ratifiziert den Beschluss über militärische und technische Hilfe für Kirgistan.
28.9.2011	Öl- und Gasminister Sauat Mynbajew kündigt bei einem Regierungstreffen in Astana an, dass chinesische Raffinerien kasachstanisches Öl verarbeiten sollen, um die Abhängigkeit von Russland zu verringern.
28.9.2011	Kazatomprom schätzt die Uranförderung für das Jahr 2011 auf bis zu 19.000 t. Im Jahr 2010 waren 17.803 t Uran gefördert worden.
28.9.2011	Im Süden Kasachstans hat die Polizei in der Vorwoche fast 1,5 t Marihuana beschlagnahmt, teilt eine Sprecherin des Innenministeriums der Presse mit.
28.9.2011	Freunde und Familienangehörige von Strafgefangenen appellieren an die Regierungspartei Nur Otan und Präsident Nasarbajew, die Situation in den Strafkolonien zu überprüfen.
29.9.2011	Der Senat bestätigt den Gesetzentwurf über religiöse Aktivitäten und religiöse Organisationen. Menschenrechtsvertreter bewerten das Gesetz als diskriminierend.
29.9.2011	Kairat Lama Scharif, der Vorsitzende der Agentur für religiöse Angelegenheiten, spricht sich zum wiederholten Male gegen eine gesetzliche Regelung über das Tragen des Hidschab aus. Die Frauen müssten mit Argumenten überzeugt werden.
29.9.2011	Der Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Janez Lenarcic, fordert eine Überarbeitung des neuen Religionsgesetzes, bevor es vom Präsidenten unterschrieben wird, weil es Religions- und Glaubensfreiheit unnötigerweise einschränke.
30.9.2011	Die Eltern von an Tuberkulose erkrankten Insassen des Gefängnisses Dolinka (Gebiet Karaganda) demonstrieren vor der Haftanstalt gegen eine Verlegung ihrer Söhne in andere Gefängnisse, weil sie dort noch schlechtere Verhältnisse befürchten.
3.10.2011	In Schanaosen (Gebiet Mangystau) begeht einer der streikenden Ölarbeiter Selbstmord.
3.10.2011	KazMunaiGaz und die chinesische Firma CNPC unterzeichnen ein Abkommen über den Bau und die Finanzierung der Linie C der Kasachstan-China-Gaspipeline, die ab 2012 gebaut werden und ab 2014 China mit Gas versorgen soll.
3.10.2011	In Astana öffnet ein Forschungszentrum für religiöse Probleme und psychologische Rehabilitation, in dem neben der Forschung auch Opfer von religiösen Sekten unterstützt werden sollen, meldet Interfax Kazakhstan.
4.10.2011	Die Generalstaatsanwaltschaft leitet ein Verfahren gegen den Journalisten der Zeitung Wremja, Gennadij Bendzikij, wegen Verrats von Staatsgeheimnissen ein.
4.10.2011	Während seines Astanabesuches unterzeichnen der bulgarische Minister für Wirtschaft, Energie und Tourismus, Traycho Traykow, und der kasachstanische Minister für Industrie und neue Technologien, Aset Isekishev, ein Übereinkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder, meldet Kazakhstan Today.

4.10.2011	Energie-Kommissar Günther Oettinger bietet bei einem Energieforum in Astana Kasachstan die Teilnahme am Transcaspian Pipeline Projekt an.
4.10.2011	Die US Nuclear Threat Initiative (NTI) zeichnet Präsident Nasarbajew für seine Verdienste im Bereich der nuklearen Abrüstung mit dem Ted Turner Award aus.
5.10.2011	Die Preise für Lebensmittel sind im September 2011 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 12 % gestiegen, meldet die Agentur für Statistik.
5.10.2011	Die Präsidentin Litauens, Dalia Gribauskaite, stattet Kasachstan einen offiziellen Besuch ab. Treffen mit Premierminister Karim Massimow und dem Vorsitzenden des Unterhauses des Parlaments, Ural Muchamedschanow, sind geplant.
5.10.2011	Ein Gericht der Stadt Almaty verbietet der Kommunistischen Partei (KPK) für ein halbes Jahr die Tätigkeit, weil sie sich in der nicht genehmigten Vereinigung Chalyk Majdany – Volksfront engagiert hat. Gegen Parteichef Gasis Aldamscharow wird eine Strafe von 15.100 Tenge (100 US-Dollar) verhängt.
6.10.2011	Nach Angaben der Partei Asat haben Verhandlungen zwischen den streikenden Ölarbeitern und ihren Arbeitgebern im Westen Kasachstans begonnen. KazMunaiGaz bestreitet das, meldet Fergananeews.com.
6.10.2011	Kasachstan hat seit 2001 1,29 Billionen Tenge (9 Mrd. US-Dollar) in den Straßenbau investiert, erklärt Berik Kamalijew, Minister für Transport und Kommunikation, bei der 32. Sitzung des Intergovernmental Council of Road Engineers.
6.10.2011	Bolat Akchulakow wird zum neuen Direktor der staatlichen Öl- und Gasgesellschaft KazMunaiGaz ernannt.
6.10.2011	Der Senat verabschiedet die Änderungen des Staatshaushalts für 2011–2013.
6.10.2011	Zwei Personen, die des Terrorismus beschuldigt und am 2.7. im Gebiet Aktobe verhaftet worden waren, werden zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt.
7.10.2011	Kasachstan beschuldigt Usbekistan systematischer Verletzungen der Vereinbarungen über das Energieversorgungssystem, heißt es vom Pressedienst der zuständigen kasachstanischen Firma KEGOC.
7.10.2011	Der bekannte US-amerikanische Moderator Larry King moderiert das Eurasian Economic Forum KAZENERGY 2011 in Astana.
7.10.2011	Außenminister Jerschan Kasychanow empfängt den US-Sondergesandten für Afghanistan und Pakistan, Mark Grossman, zu Gesprächen über die weitere Zusammenarbeit.
8.10.2011	Außenminister Kasychanow stattet auf Einladung seines iranischen Amtskollegen Ali Akbar Salehi Teheran einen Arbeitbesuch ab, bei dem er u. a. mit Präsident Mahmud Ahmadinedschad zusammentrifft.
11.10.2011	Premierminister Massimow trifft mit dem US First Deputy Secretary of Energy, Daniel Poneman, zu Gesprächen über die Zusammenarbeit im Energiebereich zusammen.
11.10.2011	Ein kirgisischer und zwei kasachstanische Staatsbürger werden in Almaty zu Haftstrafen zwischen zehn und 17 Jahren wegen der Ermordung des bekannten kirgistanischen Journalisten Gennadij Pawljuk im Dezember 2009 verurteilt.
12.10.2011	Auf dem in Astana anlässlich des 20. Jahrestages der Schließung des Atomwaffentestgeländes Semipalatinsk stattfindenden Internationalen Forum für eine nuklearwaffenfreie Welt erklärt Präsident Nasarbajew, dass er am Bau eines Atomkraftwerks in Kasachstan festhält.
13.10.2011	Präsident Nasarbajew unterzeichnet das neue Religionsgesetz, das die Kontrolle über die religiösen Gruppen verstärkt.
13.10.2011	Walerij Proskurjakow, Führungsmitglied der Regierungspartei Nur Otan im Gebiet Ost-Kasachstan, wurde erschossen, meldet RFE/RL.
14.10.2011	Die Verhandlungen über den Zugang zum Dienstleistungsmarkt im Rahmen des WTO-Beitritts Kasachstans werden mit der Unterzeichnung eines Protokolls zwischen der EU und dem Ministerium für wirtschaftliche Integration abgeschlossen.
17.10.2011	Das Oberste Gericht bestätigt die Entscheidung des Gebietsgerichts von Aktobe über die Rechtmäßigkeit der Entlassung des Richters Agysbek Tolegenow wegen angeblicher Kontakte zu religiösen Extremisten, berichtet RFE/RL. Der praktizierende Moslem Tolegenow bestreitet die Vorwürfe.
18.10.2011	Nach Angaben des Chefs der Agentur für religiöse Angelegenheiten, Lama Scharif, werden aktuell etwa 3.000 extremistische Internetseiten beobachtet und ihre Sperrung erwogen. Mehr als 100 Internetseiten wurden seit der Errichtung der Agentur gesperrt, meldet Interfax.

19.10.2011	Der aserbajdschanische Präsident Ilham Alijew trifft in Astana mit Präsident Nasarbajew zu Gesprächen über die Beziehungen der beiden Staaten im Energiebereich zusammen.
19.10.2011	Dem im Juli 2010 wegen Rowdytum und Widerstand gegen die Polizei zu zwei Jahren Haft verurteilten Oppositionellen Aidos Sadykow wird eine vorzeitige Entlassung verwehrt, weil er sich immer noch als unschuldig sehe und seine Taten nicht bereue, meldet RFE/RL.
19.10.2011	Neun Mitglieder einer Sufi-Gruppe werden von dem Gericht in Almaty wegen religiösem Extremismus, Freiheitsberaubung u. a. zu Freiheitsstrafen von bis zu 14 Jahren verurteilt.
20.10.2011	In Almaty findet der erste Gipfel des Rates für die Zusammenarbeit der turksprachigen Länder statt, an dem Präsident Nasarbajew, der aserbajdschanische Präsident Alijew und die Präsidentin von Kirgistan, Rosa Otunbajewa, sowie der türkische Vize-Premier Bekir Bosdag teilnehmen. Präsident Nasarbajew appelliert in seiner Eröffnungsrede an die Regierungen von Usbekistan und Turkmenistan, sich dem Rat anzuschließen.
20.10.2011	Die Mutter eines in der Vorwoche in einer Arbeitskolonie in der Stadt Balchasch (Gebiet Karaganda) verstorbenen Häftlings berichtet, dass der Leichnam ihres Sohnes eindeutige Spuren von Folter trug, meldet RFE/RL.

Kirgistan

27.9.2011	Präsidentin Rosa Otunbajewa unterzeichnet das Gesetz über visafreien Verkehr mit der Türkei.
27.9.2011	Die US-Botschafterin in Kirgistan, Pamela Spratlen, teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass die Firma Gazpromneft-Aero Kyrgyzstan Ltd. als Treibstofflieferant für den Luftwaffenstützpunkt Manas feststehe, eine weitere werde durch eine Ausschreibung im Oktober ermittelt.
27.9.2011	Nach einem Treffen von Parlamentssprecher Achmatbek Keldibekow mit dem türkischen Premier Recep Erdogan wird bekannt, dass die Türkei Kirgistan ein Darlehen von 10 Mio. US-Dollar zur Reduzierung des Defizits im Staatsbudget gewährt.
27.9.2011	Energieminister Askar Schadjew und Vertreter von KazMunaiGaz einigen sich auf Gaslieferungen aus Kasachstan zum Preis von 195 US-Dollar pro m ³ , das sind 115 US-Dollar weniger als Usbekistan fordert. Preissenkungen für die Bevölkerung werden angekündigt.
28.9.2011	Timur Sarijew, Vorsitzender der Partei Ak-Schumkar, erklärt die Unterstützung seiner Partei für den Präsidentschaftskandidaten Almasbek Atambajew.
28.9.2011	Außenminister Ruslan Kasakbajew trifft in New York mit dem deutschen Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan, Michael Steiner, zu Gesprächen über die Situation in Afghanistan und die New Silk Road Initiative zusammen.
29.9.2011	Das Parlament billigt einen Gesetzesentwurf, der vorsieht, dass alle Spielhallen und Casinos Kirgistans zum 1.1.2012 geschlossen werden.
29.9.2011	In Warschau demonstrieren kirgisische Menschenrechtler vor dem Gebäude, in dem die jährliche Menschenrechtskonferenz der OSZE stattfindet, für die Freilassung von Asimdschan Askarow. Der kirgisische Menschenrechtler usbekischer Nationalität verbüßt eine lebenslängliche Freiheitsstrafe, zu der er im Zusammenhang mit den Ereignissen im Juni 2010 verurteilt worden war.
30.9.2011	Laut Meldung von RFE/RL steht ungefähr ein Viertel der 722 Moscheen des Gebietes Osch vor der Schließung, weil sie nicht offiziell registriert sind.
30.9.2011	Der Bürgermeister von Osch, Melisbek Myrsakmatow, schlägt vor, den Unterricht in usbekischsprachigen Schulen der Stadt auf Kirgisisch umzustellen.
3.10.2011	RFE/RL berichtet, dass ca. 400 Demonstranten in Basar-Korgon (Gebiet Dschalalabad) die Überlandstraße von Osch nach Bischkek blockieren, um ihrer Forderung nach Freilassung von vier Polizisten Nachdruck zu verleihen, die nach dem durch Folter verursachten Tod des russischen Staatsbürgers usbekischer Nationalität Dadamirsa Cholmirsajew Anfang August festgenommen worden waren.
4.10.2011	Das Finanzministerium teilt mit, dass es bei der US-Botschaft um finanzielle Unterstützung zur Absicherung des Staatsbudgets ersucht habe.
4.10.2011	In Warschau findet im Rahmen der jährlichen OSZE-Menschenrechtskonferenz ein Runder Tisch zur Lage der nationalen Minderheiten in Kirgistan statt.
5.10.2011	OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier trifft in Bischkek ein. Gespräche mit Präsidentin Otunbajewa und Außenminister Kasakbajew sind vorgesehen.

5.10.2011	Laut Meldung der britischen Nachrichtenagentur Reuters hat das kirgisische Parlament beschlossen, den kasachstanischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew für den Friedensnobelpreis 2012 vorzuschlagen.
6.10.2011	Präsidentin Otunbajewa empfängt den US-Sondergesandten für Afghanistan und Pakistan, Mark Grossman.
6.10.2011	Erneut blockieren ca. hundert Demonstranten in Basar-Korgon die Überlandstraße und fordern die Freilassung der vier verhafteten Polizisten.
10.10.2011	Das Innenministerium teilt mit, dass bei einer Sonderoperation zur Befreiung von als Geiseln genommenen Passagieren eines Minibusses in Kara-Suu (Gebiet Osch) am 8.10. einer der Geiselnahmer getötet wurde, zehn Mitglieder der Union des Islamischen Dschihad seien festgenommen worden.
10.10.2011	Im Park Druschby (Park der Freundschaft) in Moskau wird in Anwesenheit von Premier Atambajew ein Manas-Denkmal enthüllt.
10.10.2011	In Ala-Buka (Gebiet Dschalalabad) blockieren ca. 1.000 Demonstranten den Eingang der Bezirksverwaltung und fordern die Freilassung des Verwaltungschefs des Bezirks, Ulan Baimyrzajew, der am Wochenende wegen Annahme von Bestechungsgeldern verhaftet worden war.
12.10.2011	Nachdem in den vorangegangenen Tagen vier bereits registrierte Kandidaten (der frühere Bürgermeister von Bischkek, Nariman Tulejew, das Ar-Namys Mitglied Akylbek Dschaparow, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Ischak Masalijew und der Kandidat der Partei El bijligi, Schamyschbek Medetbekow) ihre Bewerbung zurückgezogen haben, stehen jetzt 19 Namen auf der Liste der Anwärter für das Amt des Präsidenten.
12.10.2011	Reporter ohne Grenzen äußert sich besorgt über die Absicht des Parlamentes, die Medien während des Präsidentschaftswahlkampfes stärker zu kontrollieren.
13.10.2011	Nach Angaben des Büros des Premierministers wurde der Import von Soft-Alkohol-Drinks zum Schutz der Jugend verboten.
13.10.2011	In Osch fordern ca. 300 Demonstranten die Freilassung des im September im Zusammenhang mit der Ermordung des früheren Chefs der Präsidialadministration, Medet Sadyrkulow, verhafteten Generals Samir Moldoschew.
13.10.2011	Die Nachrichtenagentur KirTAG meldet unter Berufung auf die US-Botschaft, dass die USA seit 2008 insgesamt mehr als 420 Mio. US-Dollar für die Nutzung des Luftwaffenstützpunkts Manas bezahlt haben.
14.10.2011	Im Gegensatz zu Premier und Präsidentschaftskandidat Atambajew erklärt der kirgisische Botschafter bei den UN, Talaibek Kydyrow, dass sein Land für Verhandlungen über eine weitere Stationierung der amerikanischen Luftwaffe nach 2014 offen sei.
14.10.2011	Der Stadtrat von Bischkek beschließt, sieben Straßen der Stadt nach »Helden der April-Revolution« zu benennen.
17.10.2011	Der amtierende Premier, Omurbek Babanow, erklärt, dass Russland ganz unabhängig vom Ergebnis der Präsidentschaftswahl wichtigster Partner des Landes bleiben werde. Eine Entscheidung über eine weitere Stationierung der US-Luftwaffe solle ggf. im Rahmen der GUS gefällt werden.
17.10.2011	In der ersten Fernsehdebatte der Präsidentschaftskandidaten treten Marat Imankulow und Dscharkin Bapanow gegeneinander an. Bis zur Wahl werden alle Kandidaten ihre Position in Fernsehdebatten vorstellen können.
18.10.2011	Die pakistanische Außenministerin Hina Rabbani Khar trifft zu einem eintägigen Besuch in Bischkek ein, bei dem sie Gespräche mit ihrem kirgisischen Amtskollegen Kasakbajew führen wird.
19.10.2011	Mehrere Kollegen der vier im Zusammenhang mit dem Tod des russischen Staatsbürgers Cholmirsajew verhafteten Polizisten sagen vor Gericht aus, dass diese nichts mit dem Fall zu tun gehabt hätten. Am Vortag hatten zum dritten Mal hintereinander ca. 200 Demonstranten in Basar-Korgon die Überlandstraße blockiert, um ihre Freilassung zu fordern.
19.10.2011	Die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der EurAsEC billigen die Aufnahme Kirgistans in die Zollunion.
20.10.2011	Präsidentin Otunbajewa empfängt in Bischkek den britischen Minister für internationale Entwicklung, Alan Duncan.

Tadschikistan

26.9.2011	Nach Meldung von RFE/RL gehen die Behörden gegen Kinderarbeit auf den Baumwollfeldern vor.
28.9.2011	Die OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Dunja Mijatovic, kritisiert insbesondere Russland, Tadschikistan und Usbekistan für ihre Versuche, das Internet zu kontrollieren.

30.9.2011	Präsident Emomali Rachmon unterzeichnet ein Gesetz, nach dem produzierende Unternehmen, die neue Produktionsanlagen schaffen und neue Technologien nutzen, für drei Jahre von jeder Art staatlicher Inspektion befreit werden.
30.9.2011	An zwei verschiedenen Abschnitten der Grenze zu Afghanistan werden drei bewaffnete afghanische Drogenhändler bei dem Versuch, illegal nach Tadschikistan einzudringen, erschossen.
1.10.2011	Mit zehntägiger Verspätung wird in chinesischen Medien gemeldet, dass Tadschikistan am 20.9. offiziell 1.158 km ² seines Territoriums (=1 %) an China abgetreten hat. Ursprünglich hatte China mehr als 5 % des tadschikischen Staatsgebiets beansprucht.
3.10.2011	Der Chef der kasachstanischen Drogenkontrollagentur, Anatolij Wybornow, trifft zu Gesprächen über eine engere Zusammenarbeit im Kampf gegen die Drogenkriminalität in Duschanbe ein. Die Unterzeichnung einer Vereinbarung über engere Zusammenarbeit ist vorgesehen.
3.10.2011	Das Komitee für religiöse Angelegenheiten stellt einen speziellen, von der traditionellen Bekleidung abweichenden, Dress Code für tadschikische Mekka-Pilger vor, bei dem die tadschikische Herkunft der Träger unübersehbar sein wird.
4.10.2011	Verteidigungsminister Scherali Chairullojew nutzt eine Tanklandung der Maschine des indischen Verteidigungsministers A.K. Antony in Duschanbe, um diesen unplanmäßig zu einem Arbeitsessen zu empfangen.
5.10.2011	Der US-Sondergesandte für Pakistan und Afghanistan, Marc Grossman, trifft zu einem viertägigen Besuch in Duschanbe ein.
6.10.2011	RFE/RL meldet, dass die Arbeiter der Zarafschon Goldminen Gesellschaft nach der Androhung eines Generalstreiks im September 50 % höhere Löhne ausgezahlt bekommen.
6.10.2011	In Duschanbe wird in Anwesenheit von Präsident Rachmon mit dem Bau der größten Moschee Zentralasiens begonnen, die 150.000 Gläubige fassen kann. 70 % der auf 100 Mio. US-Dollar veranschlagten Baukosten werden von Katar getragen, der Rest von Tadschikistan.
9.10.2011	Am Rande des 10. Ministertreffens des Asia Cooperation Dialogue (ACD) in Kuwait trifft Außenminister Hamrochon Zarifi mit dem stellvertretenden japanischen Außenminister, Yasukazu Hamada, zu Gesprächen über die Erweiterung der bilateralen Zusammenarbeit zusammen.
10.10.2011	Die OSZE-Sonderbeauftragte für die Freiheit der Medien, Mijatovic, kritisiert die Forderung der Staatsanwaltschaft nach einer 16jährigen Freiheitsstrafe für den Journalisten Mahmadjusuf Ismoilow und fordert seine sofortige Freilassung. Ismoilow befindet sich seit November 2010 wegen Beamtenbeleidigung und Anstachelung regionalen Hasses in seinen Artikeln in Untersuchungshaft.
10.10.2011	Das Oberste Wirtschaftsgericht verurteilt die russische Firma Sibtjaschmasch (Krasnojarsk) wegen Vertragsverletzung zur Zahlung einer Strafe von mehr als 20 Mio. Rubel (653.000 US-Dollar). Die Firma hat die Lieferfrist für Maschinen für das Roghun-Wasserkraftwerk bereits um mehrere Monate überschritten.
12.10.2011	Das Parlament verabschiedet eine Ergänzung des Gesetzes zum Kampf gegen die Korruption, die Führungspersonen in staatlichen Agenturen die Einstellung von Schwiegersöhnen und -töchtern verbietet. Bisher waren nur Ehepartner, Eltern und Kinder unter diese Bestimmung gefallen.
11.10.2011	Der Emir von Kuwait, Scheich Sabah Al-Ahmad Al-Jaber Al-Sabh, empfängt Außenminister Zarifi zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit.
12.10.2011	Die Zeit der Energierationierung in den Gebieten Tadschikistans beginnt früher als in den letzten Jahren. Manche Bezirke werden nur zwei Stunden täglich mit Strom versorgt.
13.10.2011	Der ehemalige Chef der Präsidentengarde und Ex-Direktor der Agentur zur Drogenkontrolle, Gaffor Mirsojew, kündigt einen Hungerstreik an, um die Wiederaufnahme seines Verfahrens zu erreichen. Er war 2006 in einem zweifelhaften Verfahren zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe wegen dreifachen Mordes verurteilt worden.
14.10.2011	Der BBC-Journalist Urunboj Usmonow wird wegen seiner Kontakte zur Hizb ut-Tahrir, über die er die Behörden nicht informiert hatte, zu drei Jahren Haft verurteilt, jedoch sofort amnestiert. Am gleichen Tag wird sein Berufskollege Mahmadjusuf Ismoilow mit einem dreijährigen Berufsverbot belegt und zur Zahlung einer Strafe von 35.800 Somoni (ca. 7.100 US-Dollar) verurteilt, weil er in mehreren Artikeln örtliche Behörden kritisiert hatte.
17.10.2011	Der staatliche Migrationsdienst eröffnet eine Niederlassung in Moskau.
17.10.2011	Der britische Minister für internationale Entwicklung, Alan Duncan, trifft zu einem dreitägigen Besuch in Duschanbe ein. Es sind Gespräche mit Präsident Rachmon und Regierungsvertretern sowie ein Besuch der Grenze zu Afghanistan im Gebiet Chatlon vorgesehen.

19.10.2011	Ein Moskauer Gericht verurteilt drei Skinheads, die 2008 einen tadschikischen Staatsbürger ermordet hatten, zu langjährigen Freiheitsstrafen.
20.10.2011	Der Sprecher des iranischen Parlaments, Ali Larijani, wird in Duschanbe von seinem Amtskollegen Namojandagon Schukurdschon Suchurow empfangen. Gespräche mit Außenminister Zarifi und Präsident Rachmon werden folgen.
21.10.2011	US-Außenministerin Hillary Clinton trifft zu einem zweitägigen Besuch in Duschanbe ein.

Turkmenistan

26.9.2011	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow trifft mit dem chinesischen Minister für öffentliche Sicherheit, Meng Jianzhu, zu Gesprächen über die Sicherheitssituation in Zentralasien und eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich zusammen.
26.9.2011	Chronika Turkmenistana meldet, dass turkmenische Staatsbürger, die auch die russische Staatsbürgerschaft besitzen, ihre Arbeitsplätze verlieren.
28.9.2011	Die Turkmenistan Bank erteilt Kredite für die Finanzierung von Feiern wie Hochzeiten oder Geburtstagen in Höhe von bis zu 5.000 US-Dollar, meldet Gundogar.
28.9.2011	In Aschchabad findet das dritte russisch-turkmenische zwischenstaatliche Wirtschaftsforum statt, bei dem Präsident Berdymuchammedow und sein russischer Amtskollege Dmitrij Medwedjew das große Potenzial der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten betonen.
29.9.2011	Präsident Berdymuchammedow erörtert telefonisch mit seinem iranischen Amtskollegen Mahmud Ahmadedschad die Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit.
30.9.2011	Mitglieder der oppositionellen Republikanischen Partei Turkmenistans können trotz einer Protestnote des turkmenischen Außenministeriums an der jährlichen OSZE-Menschenrechtskonferenz in Warschau teilnehmen.
30.9.2011	Der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, Knut Vollebaek, trifft für Gespräche mit Vertretern des Parlaments, des Außen- und Bildungsministeriums sowie des staatlichen Instituts für Demokratie und Menschenrechte des Präsidenten Turkmenistans in Aschchabad ein.
4.10.2011	Chronika Turkmenistana meldet, dass bereits am 10.9. ein Berufsschuldirektor in Daschogus wegen Annahme von Bestechungsgeldern zu 14 Jahren verurteilt wurde.
5.10.2011	Der stellvertretende Vorsitzende der deutsch-zentralasiatischen Parlamentariergruppe, Patrick Meinhardt, trifft mit einer Delegation zu Gesprächen im Parlament und Außenministerium in Aschchabad ein.
5.10.2011	Der RFE/RL Korrespondent Dowletmurad Jaskulijew wird wegen Anstiftung zum Selbstmord zu fünf Jahren Haft verurteilt. Reporter ohne Grenzen äußert sich besorgt über den Prozess. Das Kasachstanische Büro für Menschenrechte will Jaskulijew juristische Hilfe zukommen lassen.
6.10.2011	Präsident Berdymuchammedow empfängt in Aschchabad den EU-Botschafter für Turkmenistan, Norbert Josten, zu Gesprächen über eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Energiesektor.
8.10.2011	ITAR-Tass meldet, dass Turkmenistan Schwierigkeiten habe, den Überschuss der Weizenernte 2010 ins Ausland zu verkaufen. Präsident Berdymuchammedow hatte im März dieses Jahres erstmals angeordnet, überschüssigen Weizen zu exportieren.
10.10.2011	Sasak Durdymuradow, der Führer der nicht registrierten turkmenischen Oppositionspartei Bahbit, appelliert an Präsident Berdymuchammedow, den am 6.10. zu fünf Jahren Haft verurteilten RFE/RL Korrespondenten Jaskulijew frei zu lassen.
11.10.2011	Mitglieder des iranischen Parlaments sprechen sich gegen das Projekt der niederländischen Firma Van Oord aus, eine künstliche Insel im Kaspischen Meer vor dem turkmenischen Tourismusreservat Awasa zu errichten. Dieses Projekt werde von Turkmenistan ohne Zustimmung der anderen Anrainerstaaten geplant, meldet Gundogar.
12.10.2011	Der österreichische Präsident Heinz Fischer stattet Turkmenistan einen offiziellen Besuch ab.
12.10.2011	Die Republikanische Partei Turkmenistans fordert, den zu fünf Jahren verurteilten Journalisten Jaskulijew freizulassen.
14.10.2011	Bürger Turkmenistans brauchen für eine Reise nach Kirgistan neben einem Visum eine spezielle Erlaubnis des staatlichen Migrationsdienstes, meldet Chronika Turkmenistana.

17.10.2011	Die internationale NGO Crude Accountability veröffentlicht auf ihrer Internetseite (http://www.crudeaccountability.org/ru) einen kritischen Bericht über das Regime und Korruption in Turkmenistan in russischer Sprache unter dem Namen »Litschnyj karman presidenta« (Die eigene Tasche des Präsidenten).
18.10.2011	Der UN-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Staffan de Mistura, trifft zu Gesprächen im Außenministerium in Aschchabad ein.
18.10.2011	Auf Anordnung des Präsidenten wird das bisherige Ministerium für Kultur und Fernsehen umstrukturiert: das Ministerium für Kultur führt weiterhin Gulmurad Muradow, an der Spitze des neu geschaffenen Staatskomitees für Fernsehen, Radio und Kinematographie steht Schadurdy Alowow.
18.10.2011	Präsident Berdymuchammedow unterzeichnet die Ernennung von Bergentsch Chopanow zum Vorsitzenden der Entwicklungsbank Turkmenistans.
19.10.2011	In Aschchabad wird in Anwesenheit von Präsident Berdymuchammedow eine große Wintersportanlage eröffnet.
19.10.2011	Das Außenministerium veröffentlicht eine Stellungnahme, in der es sich gegen russische Kritik an geplanten turkmenischen Erdgaslieferungen nach West-Europa verwahrt.
21.10.2011	Eine Delegation des UNODC führt mit Vertretern des Staatsdienstes gegen Drogenschmuggel und des Außenministeriums Gespräche über die weitere Zusammenarbeit.

Usbekistan

24.9.2011	Uznews.net berichtet, dass die Arbeiter auf Baumwollplantagen und in Baumwolle verarbeitenden Betrieben seit Monaten keine Löhne ausgezahlt bekommen hätten.
24.9.2011	Der usbekische Unternehmer und Mitglied der oppositionellen People's Movement of Uzbekistan, Fuad Rustamchodschajew, wird in Iwanowo (RF) mit mehreren Schüssen ermordet.
26.9.2011	Verschiedene Medien melden, dass der US-Kongress am 22.9. beschlossen hat, die Restriktionen für Militärhilfe gegenüber Usbekistan aufzuheben.
26.9.2011	Die russische Nachrichtenagentur Regnum meldet, dass der UNICEF-Vertreter in Usbekistan, Jean-Michel Delmotte, bei einem Treffen im Außenministerium dazu eingeladen wurde, in allen Gebieten des Landes ein Monitoring über Kinderarbeit durchzuführen. UNICEF erklärt aber, dass die Ergebnisse nicht der International Labour Organization (ILO) gemeldet werden, sondern intern bleiben.
27.9.2011	Eine Koalition aus 20 US-amerikanischen Menschenrechtsgruppen und anderen NGOs (AI, HRW, ICG, Gewerkschaften) appelliert in einem offenen Brief an US-Außenministerin Hillary Clinton, wegen der fortlaufenden Menschenrechtsverletzungen nicht die Militärsanktionen gegen Usbekistan aufzuheben.
27.9.2011	Auf der OSZE-Menschenrechtskonferenz in Warschau geben mehrere usbekische und westliche Menschenrechtsgruppen eine gemeinsame Erklärung ab, in der mehr Demokratie in Usbekistan gefordert wird.
27.9.2011	Verschiedene Medien melden, dass wegen zu geringen Gasdrucks die Bürger der Stadt Andischan im bevorstehenden Winter nicht mit Gas versorgt sein werden, sondern in neu gebauten Öfen mit Kohle heizen müssen. Der Staat hat eine Preisbindung für Kohle erlassen.
27.9.2011	Außenminister Ilyor Ganijew erklärt in einer Rede vor der UN-Vollversammlung, dass es im Süden Kirgistans keinen Frieden zwischen Kirgisen und Usbeken geben könne, solange den Opfern keine Gerechtigkeit widerfahren sei.
27.9.2011	Erstmals seit der Unabhängigkeit haben öffentliche und private Organisationen sowie Unternehmen in Taschkent eine Aufforderung erhalten, Personal für die Baumwollernte abzustellen, meldet Uznews.net.
28.9.2011	Der Minister für Arbeit und Soziales, Aktam Haitow, unterzeichnet Änderungen der Regelungen für ausländische Arbeiter, durch die deren Kontrolle verschärft wird.
28.9.2011	Der 2005 zu 14 Jahren Haft wegen Beteiligung an den Demonstrationen in Andischan verurteilte Rawschan Atabajew ist in einem Lager in Nawoi gestorben. Todesursache sind nach Angaben von Menschenrechtlern Tuberkulose und die Folgen von Folter.
28.9.2011	Uzbektelekom senkt die Preise zum fünften Mal in diesem Jahr. Insgesamt sind sie damit um 34,3 % geringer als im September 2010.
28.9.2011	Die OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Dunja Mijatovic, kritisiert insbesondere Russland, Tadschikistan und Usbekistan für ihre Versuche, das Internet zu kontrollieren.

29.9.2011	US-Präsident Barack Obama gratuliert Präsident Islam Karimow telefonisch zum 20. Jahrestag der Unabhängigkeit und betont die große Rolle Usbekistans für Sicherheit und Stabilität in der Region.
29.9.2011	Der vietnamesische Premierminister Nguyen Tan Zung trifft in Taschkent ein. Es sind Gespräche mit Präsident Karimow und seinem Amtskollegen Schawkat Mirsijojew vorgesehen.
29.9.2011	Die ADB erhöht ihre Unterstützung für die Elektrifizierung der Strecke von Marakand (Gebiet Samarkand) nach Karschi (Gebiet Kaschkadarja) um 100 Mio. US-Dollar.
29.9.2011	Die Eisenbahngesellschaft Usbekiston Temir Yollari beteiligt sich am Bau einer neuen Eisenbahnstrecke von Mazar-i Sharif nach Andkhoy in West-Afghanistan.
30.9.2011	Präsident Islam Karimow macht eine Informationsreise durch die Gebiete Namangan und Andischan.
1.10.2011	Auf Beschluss der Regierung steigen die Preise für Brot (um 25 %), Gas (20 %), Strom (9 %) und Heizung (6 %). Die letzte Preiserhöhung hatte es am 1.4.2011 gegeben.
3.10.2011	RFE/RL meldet, dass nun auch Geistliche, Lehrer, Ärzte und Polizeioffiziere von staatlichen Stellen zur Baumwollernte gezwungen werden.
3.10.2011	Der Vorsitzende der Regionalgruppe der Internationalen Menschenrechtsgesellschaft von Usbekistan, Siudullo Rasokow, wird vom Direktor der Schule, an der er als Lehrer beschäftigt ist, zusammengeschlagen. Rasokow hatte zuvor in mehreren Interviews die Kinderarbeit bei der Baumwollernte angeklagt.
4.10.2011	Der russische Fernsehsender Segodnja zeigt einen sehr kritischen Bericht über die Baumwollernte in Usbekistan, insbesondere die Kinderarbeit.
4.10.2011	Verteidigungsminister Kabul Dijew trifft während seines Pakistanbesuches mit seinem Amtskollegen Ahmad Mukhtar Chaudry zusammen.
5.10.2011	Das Komitee für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments spricht sich wegen der Kinderarbeit gegen eine Aufnahme von Textilien in das Partnership and Cooperation Agreement mit Usbekistan aus.
6.10.2011	Usbekistan, vertreten durch Usbekneftegaz, wird Mitglied der Internationalen Gas Union (IGU), einer Organisation zur Förderung des technischen und ökonomischen Fortschritts in der Gasindustrie, der Vertreter von 77 Staaten angehören.
7.10.2011	Präsident Karimow unterzeichnet ein neues Gesetz, mit dem Reklame, Verkauf und öffentlicher Konsum von Alkohol und Tabak stark eingeschränkt werden. Das Gesetz tritt in sechs Monaten in Kraft.
8.10.2011	Der Schnellzug Afrosiyob nimmt den zwei Mal wöchentlichen planmäßigen Verkehr zwischen Taschkent und Samarkand auf. Fahrkarten kosten abhängig von der Klasse 27–53 US-Dollar.
8.10.2011	In einer Rede anlässlich des internationalen Tages des Lehrers in Taschkent kündigt Präsident Karimow an, dass in diesem Schuljahr mehr als 471 Mio. US-Dollar für das Bildungssystem ausgegeben werden.
9.10.2011	Usbekistan wird zum Mitglied des Executive Board der UNWTO (World Tourism Organization) gewählt.
11.10.2011	Präsident Karimow empfängt den US-Sondergesandten für Afghanistan und Pakistan, Marc Grossmann, und den deutschen Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan, Michael Steiner, zu Gesprächen über die Initiative zum internationalen ökonomischen Wiederaufbau Afghanistans.
11.10.2011	Bei einer von der Menschenrechtlerin Jelena Urlajewa organisierten Protestkundgebung nehmen die Kundgebung beobachtenden Mitarbeiter der Anti-Terrorismus-Abteilung die Demonstrierenden nicht fest, sondern verhelfen ihrem Anliegen – der Annahme einer Stellungnahme mit der Forderung von Bestrafung von Kinderarbeit durch einen Staatsanwalt – zur Durchsetzung.
11.10.2011	Nach einer Massenschlägerei zwischen usbekischen und tadschikischen Gastarbeitern in Moskau müssen vier Personen ins Krankenhaus eingeliefert werden, es werden mehrere Waffen sichergestellt.
12.10.2011	Laut Meldung von Itar-Tass ist die Summe der Überweisungen von Russland nach Usbekistan im Zeitraum April–Juni 2011 im Vergleich zum Vorjahr um 65,6 % gestiegen und erreichte 1.141 Mrd. US-Dollar.
12.10.2011	Der Versuch der oppositionellen Birdamlik Bewegung, eine öffentliche Massenklage zu organisieren, scheitert in Taschkent, weil keine Teilnehmer erscheinen. In Karschi und Namangan kommen aber ca. 20 Personen.
13.10.2011	Nach Meldung von RFE/RL hat Präsident Karimow ein Dekret unterzeichnet, dass die Benennung von Städten, Dörfern, Fabriken, Plätzen und Straßen nach historischen Persönlichkeiten oder Ereignissen verbietet. 1993 war bereits die Benennung nach noch lebenden Personen verboten worden.

13.10.2011	Auf der 7. Usbekischen Baumwoll- und Textilmesse, an der 330 Unternehmen aus 38 Staaten teilnahmen, wurden Verträge über den Verkauf von 600.000 t Baumwolle abgeschlossen. Unter den Käufern befindet sich keine westliche Firma.
14.10.2011	Auf einer gemeinsamen Sitzung des Holzkomitees der FAO und der Kommission für Forstwirtschaft der ECE in Antalya wird ein Aufforstungsprojekt auf den ausgetrockneten Flächen des Aralsees vorgestellt, mit dem die ökologische und damit verbunden soziale Situation der Region verbessert werden soll.
14.10.2011	In der Moskauer Iswestija erscheint ein Artikel, in dem die USA (und Deutschland) verdächtigt werden, Usbekistan Sicherheitsgarantien für den Austritt aus der CSTO angeboten zu haben, um das Land aus dem russischen Einflussbereich zu ziehen und als Nato-Stützpunkt zu nutzen.
14.10.2011	Der Menschenrechtler Norbaj Choldschigitow wird vorzeitig aus der Haft entlassen. Er war 2005 zu einer zehnjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden.
17.10.2011	Eine Delegation des tschechischen Parlaments unter Leitung des Vorsitzenden des Komitees für Bildung, Kultur und Menschenrechte, Jaromir Jermar, trifft in Taschkent mit Vertretern des usbekischen Parlaments u. a. zu Gesprächen über Menschenrechtsfragen zusammen.
18.10.2011	Uznews.com meldet, dass ein neuer Bericht der Initiativgruppe unabhängiger Menschenrechtler in Usbekistan viele neue Fälle von Folter vor allem an des islamistischen Extremismus verdächtigten Häftlingen aufführt.
19.10.2011	Die Menschenrechtlerin Jelena Uraljewa wird verhaftet, als sie eine leere Schule fotografiert, deren Schüler bei der Baumwollernte sind. Sie wird einige Stunden später freigelassen, die Speicherkarte mit den Fotos aber beschlagnahmt.
19.10.2011	Bei der Abteilung für Menschenrechte des Innenministeriums wird in Zusammenarbeit mit der OSZE ein Menschenrechtszentrum eingerichtet.
20.10.2011	Ein Gericht in Smolensk verurteilt den Usbeken Safar Mamotkulow zu 22 Jahren Haft wegen Raubmordes. Mamotkulow hatte den Sohn seiner Arbeitgeberin ermordet und sie schwer verletzt und war dann mit Wertsachen geflüchtet.

Die Zentralasien-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie zusätzlich von der GIZ unterstützt.



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Redaktionsassistentin: Margarethe Waldt

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2011 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de